

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2016**
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

„Land der Chancen“

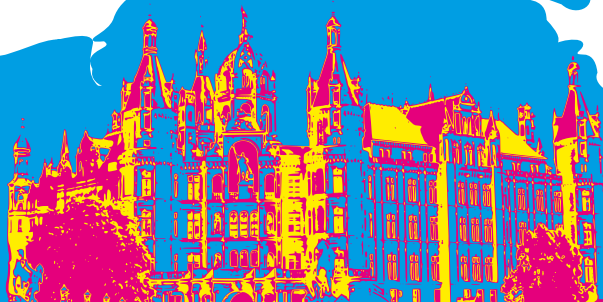
(Beschlossen auf dem 26. Landesparteitag
in Greifswald am 9. April 2016)

Quelle/Zitierweise: <https://www.fdp-mv.de/app/download/10851997895/Wahlprogramm.pdf?t=1483431849>; 6.3.2017

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-504

Freie Demokraten

Mecklenburg-
Vorpommern **FDP**



Land der Chancen

Landtagswahlprogramm 2016

Salü miteinander!

Vor sechs Jahren habe ich das französische Mittelmeer gegen die Ostsee getauscht und meine Koffer hier in Mecklenburg-Vorpommern ausgepackt. Eigentlich sollte es nur eine Zwischenstation werden. Mittlerweile bin ich hier zu Hause: Ich habe berufliche Perspektiven, viele Freunde und vor allem mein ganz privates Glück getroffen: Meinen Mann, mit dem ich hier eine Familie gegründet habe.

Mecklenburg-Vorpommern ist meine Chance gewesen!

Zugegeben: es war keine Liebe auf den ersten Blick. Die Landschaft ist wunderschön und die Menschen sind großartig. Aber ich vermisste die Offenheit, die Dynamik, die mutigen und zukunftsorientierten Visionen, die ich in einem so jungen Bundesland erwartet habe. Stück für Stück begann ich zu begreifen, dass die Politik in Mecklenburg-Vorpommern die Menschen bremst, ihnen nicht vertraut und schon gar nicht etwas zutraut. Das muss sich dringend ändern.

Mecklenburg-Vorpommern kann die Chance für alle Menschen werden!

Wir haben einen anderen Anspruch an Politik. Wir wollen, dass Sie alle Chancen haben, das Beste aus Ihrem Leben zu machen. Dass Sie Ihre Fähigkeiten frei entfalten können und dadurch eine gute Perspektive bekommen. Wir wollen Ihren Mut freisetzen!

Das bedeutet vor allem Chancen

1. durch beste individuelle Bildung von Anfang an,
2. durch Wirtschaftswachstum und Bürokratieabbau und
3. durch ein lebenswertes und zukunftsfähiges Land mit modernen Straßen und digitaler Infrastruktur.

Dies werden unsere Kernthemen sein, um den vorregierten Stillstand in Mecklenburg-Vorpommern zu beenden und dem Land einen frischen Anstrich zu verpassen. Farbenfroh, generationengerecht und optimistisch soll die Zukunft sein, die ich meinem Sohn und allen Kindern in unserem Land eröffnen möchte. Und das gilt auch für die Generation der Eltern und Großeltern.

Und das geht nur mit starken Freien Demokraten. Bitte geben Sie mir und der FDP Ihre Stimmen bei der Landtagswahl am 4. September 2016.

Herzliche Grüße, Ihre

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'C' followed by a horizontal line and a small flourish.

Cécile Bonnet-Weidhofer

Spitzenkandidatin der Freien Demokratischen Partei

Inhalt

Präambel.....	5
Chancen – Freiheit – Optimismus – Selbstbestimmung – Engagement – Mut.....	5
Die beste Bildung für Jeden.....	8
Grundzüge einer liberalen Bildungspolitik.....	8
Frühkindliche Bildung eröffnet Chancen von Anfang an.....	9
Die Schulen müssen frei und selbstständig sein.....	10
Die Berufsschule ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.....	11
Respekt und Anerkennung für den Lehrerberuf.....	12
Echte Freiheit und mehr Autonomie für Forschung und Lehre.....	13
Lebenslanges Lernen für Chancen in jedem Alter.....	15
Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.....	16
Politik als Partner der Wirtschaft.....	17
Der Staat ist nicht der bessere und sozialere Unternehmer.....	18
Weniger Zettel, mehr Wirtschaft.....	20
Mehr Mut zu Innovation und Dynamik.....	21
Respekt und Wertschätzung für Menschen, die etwas unternehmen.....	23
Arbeit ist mehr als nur Geld verdienen.....	24
Innovation ist der Motor für Wirtschaftsentwicklung.....	26
Digitalisierung: Voraussetzung für das Flächenland der Zukunft.....	27
Ein lebendiges Flächenland braucht gute Verkehrsadern.....	28
Leben und Arbeiten, wo andere Urlaub machen.....	30
Unsere Städte als attraktive Zentren ihrer Region.....	32
Realistische Energiepolitik für Alle statt Illusionen vom „Windscheichtum M-V“.....	32
Reservat oder Wirtschaften im Ländlichen Raum?.....	34
Forstwirtschaft statt Urwald.....	37
Fischerei ist Brauchtum, Freizeit und Wirtschaft.....	37
Selbstbestimmte Verbraucher brauchen keine Belehrungen.....	38
Umweltschutz ist keine Ideologie.....	39
Abfall vermeiden und verwerten statt nur zu beseitigen.....	40
Schutz des Trinkwassers und Schutz vor Hochwasser.....	41
Haushalt und Finanzen.....	41
Solide Haushaltspolitik für Mecklenburg-Vorpommern.....	41
Ausgabendisziplin im Landeshaushalt.....	43
Zielgenaue Förderungen statt Subventionsdschungel.....	45
Steuersysteme vereinfachen und gerecht gestalten.....	46
Landessteuern sind keine unerschöpflichen Finanzreserven.....	49

Finanzstabilität auch nach dem Solidarpakt.....	49
Staat und Verwaltung, die es den Bürgern einfach machen.....	51
Moderne und bürgernahe Verwaltung.....	51
Bürgernahe Politik und mehr Bürgerbeteiligung.....	53
Effektive Justiz.....	54
Sicherheit und Ordnung.....	55
Extremismusbekämpfung und Verfassungsschutz.....	58
Datenschutz und Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	58
Informationsfreiheit als Mittel der demokratischen Kontrolle stärken.....	59
Herausforderungen und Chancen der Migrationspolitik.....	60
Kommunen als Fundament und Rückgrat des Landes.....	62
Das Leben frei und selbstbestimmt führen!.....	65
Eine moderne Familie, Chancen-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.....	65
Unsere Kinder verdienen allen Schutz und Respekt.....	67
Vielfalt, Aktivität und Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen.....	68
Was gesund ist, bestimmt nicht die Politik!.....	69
Für ein zukunftsfestes Gesundheitswesen.....	69
Liebe und nicht Geld darf über Kinderwunsch entscheiden.....	70
„Ja“ zum niedergelassenen Arzt.....	71
Sicherung der Krankenhauslandschaft.....	72
Lebenswertes und erlebenswertes Land der Chancen.....	73
Sport stärkt Eigeninitiative, Gemeinsinn und Fairness.....	73
Das Ehrenamt als Fundament einer freien Bürgergesellschaft.....	74
Kunst und Kultur sind frei und sollen es auch bleiben!.....	75
Medien leben von Vielfalt und nicht von politischer Einflussnahme.....	76
Mecklenburg-Vorpommern: im und von Herzen europäisch.....	77
Stichwortverzeichnis.....	80

PRÄAMBEL

CHANCEN – FREIHEIT – OPTIMISMUS – SELBSTBESTIMMUNG – ENGAGEMENT – MUT

Jeder Mensch ist einzigartig und gestaltet sein Leben nach seinen individuellen Vorstellungen. Wir Freien Demokraten verstehen uns als die neue politische Kraft, die jedem Menschen, jeder Familie und jedem Unternehmen den Weg frei machen will. Beste Bildung für jeden Einzelnen ist für uns die Grundlage für Wachstum, Innovation, Beschäftigung und Kultur. Wir Freien Demokraten wollen Menschen und Unternehmen stark machen, damit sie unser Land vorwärts bringen.

Wir wollen mehr Wertschätzung für die Menschen, die den Mut haben, etwas Neues zu wagen. Menschen, die durch eigenes Engagement vorankommen wollen. Menschen, die nicht nur sich, sondern auch ihr Umfeld motivieren und inspirieren. Menschen, denen es darauf ankommt, etwas zu schaffen, auch wenn damit nicht immer ein wirtschaftlicher Erfolg einhergeht. Denn erst das eigenverantwortliche Handeln eröffnet die Chance, das Leben frei zu gestalten. Wir Freien Demokraten wollen diesen Mut und Optimismus in die Landespolitik tragen. Dabei unterscheiden wir nicht, ob Menschen ihr Engagement als Unternehmer, Angestellte oder Ehrenamtliche für unsere Gesellschaft einbringen. Wir wollen jeden dabei Unterstützung bieten, im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Freiheitliches Engagement zwischen Ostsee und Müritz, zwischen Oder und Elbe schafft nicht nur materielle Werte. Wer sich engagiert, belebt auch die Gemeinschaft. Der freie und verantwortungsbewusste Mensch engagiert sich für den Sport- und Kulturverein, hält die örtliche Infrastruktur in Gang, befördert die regionale Identität durch Wertschöpfung und Dienstleistungen. Die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern beweisen mehr freiheitlichen Geist als ihnen derzeit zugetraut wird. Wir wollen mit unserer Politik das Land ermutigen, eine freiere Entfaltung der Schaffens- und Wissenskraft der Einwohner zuzulassen und zu befördern.

Wir brauchen ein viel attraktiveres von Bevormundung und Gängelei befreites Umfeld für gute Bildung, für Chancen des Einzelnen, für individuelle Lebensplanung, für Gründung, Investition, für Innovation und Kreativität. Die Verantwortung der Landespolitik sehen wir in der Sicherung von Bildung, dem Erhalt und Ausbau der Infrastruktur auch in dörflichen Strukturen und der Schaffung von fairen Spielregeln für einen funktionierenden Wettbewerb. So wollen wir Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land der Chancen entwickeln und den Menschen in unserem Land den Freiraum bieten, um die Chancen ihrer individuellen Lebensplanung auch nutzen zu können.

CHANCEN wollen wir ermöglichen für die beste vorschulische und schulische Bildung, für die Berufsausbildung und für das Hochschulstudium. Aber auch im Prozess des lebenslangen Lernens soll jeder seine Chancen nutzen können. Wir wollen jedem ein Vorankommen durch eigene Leistung ermöglichen, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Wir stehen für eine Bildung, die zu einem selbstbestimmten und freiheitlichem Leben befähigt und das Verständnis für eigenverantwortliches und unternehmerisches Handeln und Denken weckt.

CHANCEN wollen wir ermöglichen für freies unternehmerisches Engagement, für die freie Gestaltung des eigenen Lebensentwurfes. Ob als Unternehmer, als Landwirt, als Arbeitnehmer oder als Beamter - wir wollen Hürden und Bürokratie beseitigen, damit sich jeder entfalten kann. Wir wollen den Mut fördern und tiefes Vertrauen in Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Wir wollen mehr gesellschaftliche Wertschätzung von Engagement, Risikobereitschaft und die Übernahme der Verantwortung für sich und andere in das Land tragen.

CHANCEN wollen wir unserem Land und seinen Bürgern heute und morgen ermöglichen, indem wir eine Finanzpolitik vertreten, die das Land handlungsfähig macht - mit Politik, die rechnen kann und die nachhaltig orientiert ist, die auf Schuldenabbau und verantwortungsvoller Ausgabenkritik fußt und die die Belastungsgrenze von Bürgern und Unternehmen kennt.

CHANCEN wollen wir allen Bürgern und Unternehmen im Umgang mit der Verwaltung im Land einräumen. Wir stehen für Rechtssicherheit und Planungssicherheit bei staatlichen Entscheidungen, wir plädieren für weniger Rückzug aus der Fläche und für volle Kompetenz vor Ort. In einer freiheitlichen Gesellschaft nimmt der Staat Kernaufgaben wahr, die die Bürger ihm als Hoheitsbereich auf verfassungsrechtlicher Grundlage übertragen haben. Der Staat soll aber diesen Hoheitsbereich nicht überschreiten und darf sich nicht als Aufseher oder Gestalter der Lebensentwürfe der Bürger verstehen. Wir wollen eine Verwaltung, die sich als Dienstleister versteht und die effizient und effektiv arbeitet.

CHANCEN wollen wir Familien, Kindern und Jugendlichen und älteren Bürgern einräumen, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Ein Flächenland der Zukunft nach unserer Vorstellung muss soziale und medizinische Versorgungssicherheit im gesamten Land abbilden. Wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen für alle Bürger egal in welcher Region sie leben. Menschen, deren Leistungsvermögen eingeschränkt ist durch Krankheit, Behinderung, durch Schicksalsschläge oder andere Beeinträchtigungen, wollen wir einen festen Platz in unserer solidarischen Gesellschaft sichern, von dem aus sie selbstbestimmt ihr Leben gestalten können und wo ihnen ganz selbstverständlich Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eingeräumt wird.

CHANCEN wollen wir für das Ehrenamt, den Sport und die kulturelle Vielfalt unseres Landes schaffen. Ohne ehrenamtliches Engagement wäre unser Bundesland ärmer. Sport hat in unserem Gesellschaftsbild einen hohen Stellenwert und steht für Verantwortung, Engagement und Leistungsgerechtigkeit. Das sind Maxime, denen wir Freie Demokraten uns verpflichtet fühlen.

Die kulturelle Vielfalt des Landes macht das Leben in unserem Land erst lebenswert. Kultur und Kunst brauchen Freiräume, die wir schaffen und ausweiten wollen.

DIE BESTE BILDUNG FÜR JEDEN

GRUNDZÜGE EINER LIBERALEN BILDUNGSPOLITIK

Eine erfolgreiche Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Wir Freien Demokraten sehen Bildung und Ausbildung als Fundament unserer Demokratie und als Voraussetzung, um für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Bildung ist für uns daher ein Bürgerrecht.

Bisherige Landesregierungen haben in ständigen Strukturreformen insbesondere die Qualität der Bildung vernachlässigt. Die Folge ist, dass unser Land bundesweit in der frühkindlichen Bildung abgehängt ist und die meisten Schul-, Lehr- und Studienabbrecher zu verzeichnen hat, dass tausende Stunden Unterricht im Jahr ausfallen, dass junge Lehrer und Erzieher in andere Bundesländer abwandern und dass unsere Universitäten mit der weltweiten Forschungsentwicklung kaum Schritt halten. Als Freie Demokraten wollen wir daher verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, die den Einsatz neuer Technologien ermöglichen, innovative Bildungskonzepte integrieren, den Bildungseinrichtungen Gestaltungsfreiraum und Planungssicherheit bieten und vor allem Bildungsqualität sicherstellen.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für die Vielfalt von Bildungsangeboten und Bildungsträgern in allen Bildungsbereichen einsetzen.
- für eine Digitalisierung der Bildung eintreten und E-Learning als Methode befürworten, um aus den Nachteilen eines dünn besiedelten Flächenlands und des demografischen Wandels Vorteile generieren zu können. Der flächendeckende Ausbau der Breitbandtechnologie ist dafür Grundvoraussetzung, um allen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einen Zugang zu digitalen Bildungs- und Informationsangeboten zu ermöglichen.
- alles daran setzen, dass in jeder Schule schnelles Internet und moderne Hard- und Software zur Verfügung stehen.
- Konzepte für eine kindes- und schülergerechte Medienerziehung an den Grund- und weiterführenden Schulen unterstützen.
- umfassende Weiterbildungsangebote zur Nutzung der modernen Medien für Lehrerschaften schaffen.
- einen kostenfreien Zugang zu den neuen Medien für alle Schulen, Schüler und Lehrer zu Bildungszwecken in virtuellen Arbeits- und Unterrichtsräumen einfordern.

- uns für einen jährlichen Bildungsgipfel in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, um die stetige Fortschreibung eines Modernisierungsprozesses zu gewährleisten und die Erfahrungen der Praxis stetig einbeziehen zu können.
- rechtssichere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und der Wirtschaft im Land entwickeln.
- Eltern ein Angebot machen für die Begleitung ihrer Kinder auf dem Bildungsweg.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG ERÖFFNET CHANCEN VON ANFANG AN

Da in der frühen Kindheit die wesentlichen Voraussetzungen für die Persönlichkeitsentwicklung und den späteren Bildungserfolg geschaffen werden, müssen bereits am Anfang des Lebens gleichwertige Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Kinder bestehen. Auch wenn die Eltern den wesentlichen Teil der Verantwortung tragen, muss aus Sicht der Freien Demokraten mit vielfältigen Bildungsangeboten sichergestellt werden, dass sich jedes Kind gemäß seiner Talente, Begabungen, Interessen und Neigungen weiterentwickelt - unabhängig von seiner sozialen Herkunft. Für die frühkindliche Bildung braucht Mecklenburg-Vorpommern fachlich qualifiziertes Personal, das sich stetig fort- und weiterbildet.

Eine wichtige Aufgabe der Kindertageseinrichtungen ist für uns die Zusammenarbeit mit den Grundschulen der Region. Der gegenseitige Austausch über die jeweiligen Bildungskonzepte ist Grundlage für die Individualisierung und Flexibilisierung des Übergangs von der Kindertageseinrichtung in die Grundschule. In Abstimmung mit den Eltern können konkrete Fördermaßnahmen so besser den Möglichkeiten der Kinder entsprechend durchgeführt werden.

Kindertageseinrichtungen sind für uns Freie Demokraten Bildungseinrichtungen. Kurzfristiges Ziel muss deshalb die für Eltern kostenfreie Betreuung und Förderung von Kindern vom ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt sein. Die derzeitigen Elternbeiträge müssen dazu schrittweise abgesenkt werden. Arbeitgeber, die Kosten der Kindertagesbetreuung für ihre Mitarbeiter übernehmen, müssen in ihrer Vorbildfunktion mehr gewürdigt werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- dafür eintreten, die Zuständigkeit für Kindertageseinrichtungen als Bildungseinrichtungen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu übertragen.

- uns für einen ständigen konstruktiven Dialog zwischen Eltern und Erziehern, auch durch Bildung von Interessenvertretungen, einsetzen, um die Entwicklung der Kinder optimal begleiten zu können.
- den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes verstetigen und dafür sorgen, dass er tatsächlich erfüllt wird.
- für die Vielfalt der Betreuungsangebote eintreten und Tagespflegepersonen und Kindertagesstätten bei gleicher Qualifikation und Qualität gleichwertig behandeln.
- uns für ein Angebot flexibler Betreuungszeiten einsetzen, damit Eltern Familie und Beruf sinnvoll vereinbaren können.
- mehr Bildungsqualität durch kleinere Gruppen und weniger Bürokratie fördern und daher den für Mecklenburg-Vorpommern festgelegten Betreuungsschlüssel schrittweise senken.
- uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Leiter von Kindertagesstätten möglichst über einen Fachhochschulabschluss verfügen.
- uns für die betriebliche Ausbildung der Erzieher mit Lehrlingsentgelt einsetzen.
- einen fairen Wettbewerb der unterschiedlichen Träger in der Kindertagesbetreuung sicherstellen.

DIE SCHULEN MÜSSEN FREI UND SELBSTSTÄNDIG SEIN

Das Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern muss den Schulen des Landes ermöglichen, sich zu eigenverantwortlichen Bildungseinrichtungen zu entwickeln, in denen der gesellschaftliche Auftrag zur Bildung und Erziehung junger Menschen erfüllt werden kann. Dazu gehört, dass Schulen auf der Grundlage von selbst entwickelten Schulprogrammen und Schulprofilen Lern- und Entwicklungsprozesse selbst gestalten können.

Die Ganztagsbetreuung an Schulen ist ein wichtiges Angebot für die Entwicklung junger Menschen. Schulen sollen selbst entscheiden, ob sie den Ganztagsschulbetrieb in offener oder gebundener Form organisieren und gestalten wollen.

Die eigenverantwortliche Schule ist aus unserer Sicht durch Multiprofessionalität geprägt. Die Freien Demokraten setzen sich für eine allumfassende und übergreifende Zusammenarbeit aller Fachleute ein, die am kindlichen Bildungsprozess beteiligt sind. Dies umfasst insbesondere die Schulsozialarbeit, Gesundheitspflege und psychologische Betreuung, die entsprechend den regionalen Notwendigkeiten im Landeshaushalt berücksichtigt werden müssen.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für die vollständige, insbesondere finanzielle Gleichberechtigung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft einsetzen.
- die Aufhebung der örtlichen Zuständigkeiten von Schulen, einen verbesserten Schülerverkehr und die Entlastung von bedürftigen Eltern forcieren, um eine freie Schulwahl zu garantieren.
- uns zur Sicherung der Qualität für bundeseinheitliche Bildungsstandards und zentrale Prüfungen aussprechen.
- uns für die Förderung und Verbesserung von außerschulischen Angeboten, wie weitergehende musikalische oder sportliche Angebote einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass Schulen in Eigenverantwortung Lerngruppen- und Klassengrößen festlegen können, die ein alters- und sachgerechtes Lernen ermöglichen.
- die gleichberechtigte individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern befördern.
- uns für die Erleichterung von Spendeneinnahmen, Sponsoring und Mäzenatentum für alle Schulen aussprechen.
- uns für den Erhalt kleiner Schulen auf dem Lande ebenso wie für die Vielfalt der Schullandschaft aus Grundschulen, Regionalen Schulen, Gesamtschulen, Gymnasien und zusätzlichen Förderschulen einsetzen.
- uns für die Stärkung der Themen Wirtschaft und Beruf einsetzen, um das Bewusstsein für sich bietende Chancen, Unternehmertum und individuelle Vorsorge zu erhöhen.

DIE BERUFSSCHULE IST DAS RÜCKGRAT UNSERER WIRTSCHAFT

Berufliche Bildung als Bestandteil lebenslangen Lernens ist eine Grundlage für erfolgreiche Lebensbiographien. Sie ist im Zusammenhang mit Fort- und Weiterbildung neben der Erstausbildung bisher vernachlässigt worden.

Die beruflichen Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit beim flexiblen Einsatz von Lehrern und bei der Nutzung der Lehrerstundenbudgets. Das Angebot an Aus-, Fort- und Weiterbildung für Berufsschullehrer ist stark zu erweitern und den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Das Qualitätsmanagement-System in der beruflichen Bildung muss dabei auch die Personalentwicklung erfassen.

Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit sollten mehr Kooperationen mit Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien bei Ausbildungsgängen angestrebt werden. Duale Studienangebote sowie Teilzeitstudiengänge an Hoch- und Fachhochschulen tragen zu einer stärkeren Lebensweltorientierung der Hochschulen bei.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für eine Erhöhung der Attraktivität der Beruflichen Bildung einsetzen - durch elternunabhängige Zuschüsse zu Fahrten und Unterbringung im regionalen Bereich, durch die Gleichstellung von Auszubildenden und Abiturienten und unter anderem auch durch unentgeltliche Nutzung moderner Lehr- und Lernmittel. Dafür orientieren wir uns an erfolgreichen Beispielen aus der Wirtschaft.
- uns dafür einsetzen, dass Schulen in Eigenverantwortung Lerngruppen- und Klassengrößen festlegen können, die ein alters- und sachgerechtes Lernen ermöglichen.
- uns für ein aktives Personalentwicklungskonzept stark machen, welches den Lehrern eine verlässliche Planung ihrer beruflichen Entwicklung ermöglicht.
- die effiziente Vermittlung von Lehrstellen einfordern.
- uns für Perspektiven auf attraktive Gehälter, Karrierewege und Arbeitsbedingungen für Lehrer mit maximal 25 Unterrichtsstunden pro Woche einsetzen.
- uns bei der Neustrukturierung in Regionale Berufliche Bildungszentren (RBB) für den selbstständigen Status des Berufsschulförderzentrum (BSFZ) aussprechen.
- feste Bezugspersonen und erweiterte Mittel für sonderpädagogische Aufgaben einsetzen.
- am Dualen Ausbildungssystem als Regelfall der Berufsbildung festhalten.

RESPEKT UND ANERKENNUNG FÜR DEN LEHRERBERUF

Das Auslaufen des bisherigen Lehrerpersonalkonzepts, die Altersstruktur der Lehrerschaft und künftig relativ konstante Schülerzahlen führen zu einem größer werdenden Lehrerbedarf.

Lehrer müssen in Mecklenburg-Vorpommern gehalten und neue Lehrer hinzu gewonnen werden. Dafür müssen vergleichbare Bedingungen mit anderen Bundesländern geschaffen werden. Junge Lehrer sollen durch eine höhere Einstiegsgruppierung im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zum Bleiben in Mecklenburg-Vorpommern motiviert werden. Im Rahmen der Personalführung an den Schulen, sind mit allen Lehrern Fort- bzw. Weiterbildungsvereinbarungen abzuschließen.

Wir wollen, dass sowohl in der universitären Ausbildung, als auch während des Referendariats und in Fortbildungen für Lehrer pädagogisch-psychologische und didaktische Inhalte einen höheren Stellenwert bekommen, um den veränderten Aufgabenfeldern in den Schulen besser gerecht zu werden.

Die Umsetzung der inklusiven Bildung in den Schulen des Landes erfordert eine deutliche Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für die zu fördernden Schüler, einschließlich einer grundlegenden und prozessbegleitenden Fortbildung der Lehrer an den Grund- und weiterführenden Schulen.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für eine leistungsgerechte Eingruppierung von Lehrern einsetzen.
- mehr Berufsausbildungen von Berufsschullehrern in Mecklenburg-Vorpommern einfordern.
- für Qualifizierungsangebote für Quer- und Seiteneinsteiger eintreten.
- Weiterbildungsmaßnahmen zur Erweiterung der Lehramtsabschlüsse durch zusätzliche Fächer fördern.
- eine bundesweite Abschaffung des Beamtentums im Bildungswesen unterstützen.
- uns für eine deutlich stärkere Praxisorientierung der Lehrerausbildung einsetzen.
- die angemessene Eingruppierung von Lehrern und Quereinsteigern in allen Schulformen umsetzen.
- uns für leistungsabhängige Zulagen und Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrer einsetzen, um besonderes Engagement zu honorieren.
- uns für eine Begrenzung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrern aller Schularten auf 25 Stunden je Woche einsetzen, damit Lehrern mehr Zeit zur Erfüllung von Erziehungsaufgaben verbleibt.
- uns für ein Lehramtsstipendium stark machen, um den Lehrermangel in betroffenen Fächern zielgenau zu bekämpfen.
- für Berufsschullehrer mindestens drei Weiterbildungstage in den Ausbildungsbetrieben einführen.

ECHTE FREIHEIT UND MEHR AUTONOMIE FÜR FORSCHUNG UND LEHRE

Die Hochschulen sind elementare Bereiche der Landesentwicklung und eine unschätzbare Eigenwerbung für Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freien Demokraten setzen auf eine Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus, auf hervorragende Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, auf exzellente Forschung und auf eine intensive Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft. Dies kann nur in Form einer autonomen Hochschullandschaft geschehen.

Dazu gehört, dass die Hochschulen selbst über die Aufnahme von Studenten entscheiden dürfen. Die Selbstständigkeit beinhaltet auch die Personal- und Projekthoheit (Bauherreneigenschaft).

Durch eine Globalbudgetierung wollen wir Freien Demokraten den Hochschulen Finanzierungssicherheit und Handlungsfreiheit geben. Die Mittelvergabe soll an die Studenten- bzw. Absolventenanzahl gebunden werden. Eine Absicherung sehr spezieller Fachbereiche kann über Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie länderübergreifende Zentren sichergestellt werden.

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine rechtsverbindliche Hochschulpolitik des Landes gegenüber den Hochschulen ein. Dies bedeutet auch, dass die Ausfinanzierung des Hochschulpaktes II im Landeshaushalt verankert bleibt.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns über die Initiative zu einer umfassenden BAföG-Reform für ein elternunabhängiges BAföG einsetzen.
- dafür eintreten, dass Hochschulen selbst über ihre Rechtsform entscheiden können.
- die Abschaffung von Kettenbefristungen von Arbeitsverträgen im akademischen Mittelbau fordern.
- transparente Verfahren bei der Stellenbesetzung fördern.
- uns dafür stark machen, dass es Hochschuleinrichtungen frei steht, Diplomabschlüsse in Mecklenburg-Vorpommern anzubieten.
- uns dafür einsetzen, dass Hochschulen selbstständig über die Erhebung von nachgelagerten Studiengebühren entscheiden können.
- einfordern, mit Hilfe eines Orientierungsstudiums und von Mentoren-Programmen die Studienvoraussetzungen zu verbessern und zugleich die Abbruchquoten an allen Hochschulen zu reduzieren.
- für Studienabbrecher attraktive Einstiegsmöglichkeiten in die Berufsausbildung in Mecklenburg-Vorpommern schaffen.
- uns für eine Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) aussprechen, um damit den strukturellen Fachkräftemangel in diesem Bereich zu schließen.

- uns für den Ausbau Dualer Studiengänge und einen Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur einsetzen.
- uns für ein Recht auf Studium in Teilzeit einsetzen.
- den erleichterten Zugang zu Stipendienangeboten ermöglichen.
- uns für mehr Freiheit der Hochschulen bei Unternehmensgründungen und -beteiligungen einsetzen.
- die Einführung eines Studienkontenmodells forcieren, das eine Studienzeit von vierzehn Semestern vorsieht. In dieser Zeit sind dann Studium, Promotionsstudium und Auslandssemester gebührenfrei.

LEBENSLANGES LERNEN FÜR CHANCEN IN JEDEM ALTER

Für uns Freie Demokraten gehören zur Freiheit des Individuums auch die freie Entfaltung und die Gestaltung eines eigenen Lebensweges. Menschen sollen sich ausprobieren können, beim Scheitern ihrer Ideen aber genauso eine zweite Chance bekommen. Dazu muss ein Bildungssystem nicht nur durchlässig sein, sondern in allen Phasen des Lebens die Angebote bieten, die Menschen für den eigenen Lebensweg benötigen.

Neben den Angeboten der beruflichen Bildung und der Hochschulen kommt dabei den Volkshochschulen in Mecklenburg-Vorpommern eine besondere Bedeutung zu. Sie geben Menschen, unabhängig von ihrem Alter, die Chance, sich beruflich wie schulisch zu qualifizieren oder ihr Wissen an Dritte weiterzugeben. Es ist wichtig, dass die Rolle der Volkshochschulen gerade in der Weiterbildungsberatung weiter gestärkt wird.

Durch ihre flächendeckende Präsenz, die kommunale Anbindung, die räumlichen Bedingungen, ihren niederschweligen Zugang und durch die Kompetenzen der hauptamtlich pädagogischen Mitarbeiter besitzen sie wichtige Voraussetzungen für eine kompetente und individuelle Weiterbildungsberatung.

Auch beim lebenslangen Lernen setzen wir Freien Demokraten auf ein vielfältiges Angebot. Daher sollten Bildungseinrichtungen der öffentlichen Hand ihr Kursangebot nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern, wie beispielsweise Tanz- oder Sportschulen ausweiten.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für eine Vielfalt der Bildungsangebote und Bildungsanbieter in allen lebenslangen Bildungsbereichen einsetzen.

- für flächendeckende Angebote der Volkshochschulbildung eintreten. Dabei konzentrieren sich Volkshochschulen auf Bildungsangebote und konkurrieren nicht mit Freizeit- und Kulturangeboten freier Anbieter.

WIRTSCHAFT IST NICHT ALLES, ABER OHNE WIRTSCHAFT IST ALLES NICHTS

Dieses Zitat vom Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhardt, ist heute aktueller denn je. Nur was zuvor erwirtschaftet wurde, kann verteilt werden. Nur eine ertragskräftige Wirtschaft sichert Arbeitsplätze und die notwendigen Einnahmen für gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung und Sicherheit. Erst sie eröffnet politische Gestaltungsspielräume in Fragen des sozialen Zusammenlebens und des Umweltschutzes. Wir Freien Demokraten sind zutiefst davon überzeugt, dass eine dynamische Wirtschaft nur entstehen kann, wenn Menschen und die von ihnen gegründeten Unternehmen frei sind. Nur so können sie mit einem Minimum staatlicher Einmischung ihre produktiven Kräfte entfalten und ihre Ideen im fairen Austausch miteinander verwirklichen. Daher ist für uns Freie Demokraten der Freiraum für wirtschaftliches Engagement von Menschen für Menschen selbstverständlich.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft – Privateigentum, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung – verteidigen, in der Kommune und auf Landesebene.
- die Interessen aller wirtschaftenden Menschen und Unternehmen, seien es Handwerker, Freiberufler, Landwirte, Händler, Dienstleister oder produzierende Firmen, in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen.
- uns für ein kompetentes Wirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, das durch seine gebündelten Zuständigkeiten für Wirtschaft, Arbeit, Energie, Verkehr sowie Bau und Infrastruktur die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Land effektiv verbessern kann.

POLITIK ALS PARTNER DER WIRTSCHAFT

Die Menschen in unserem Land wissen noch allzu gut: alle Formen der Staats- und Planwirtschaft haben im Ergebnis zu Mittelverschwendung, Ineffizienz, Unfreiheit und Mangelverwaltung geführt. Liberale Wirtschaftspolitik verteidigt daher die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft – Privateigentum, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung. Daher gilt für unsere Wirtschaftspolitik der unbedingte Grundsatz, dass staatliches Handeln faire Spielregeln bestimmen soll, aber nicht direkt in die Wirtschaft eingreifen darf. Bei diesen Spielregeln müssen sich die Akteure der Wirtschaft auf Beständigkeit und Vertrauensschutz verlassen können.

Das Handeln der Landesregierung bei der vermeintlichen Rettung der P+S Werften hat einmal mehr gezeigt, dass der Staat kein Ersatz für engagierte Unternehmer mit einem soliden Geschäftsmodell sein kann. Die Leidtragenden waren die Beschäftigten und die mittelständischen Zulieferer.

Mecklenburg-Vorpommern ist Tourismusland und zugleich Land zum Leben. Daher gehören Beschränkungen der Ladenöffnungszeiten auf den Prüfstand wenn sie sich als nicht verbraucherfreundlich erweisen. Dabei müssen die Nachteile für den Einzelhandel und die Bevölkerung im touristischen Hinterland abgebaut werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- dafür sorgen, dass das Land sich aus Angelegenheiten der Unternehmen heraushält, gerade bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten.
- uns gegen alle Unternehmenssubventionen aussprechen. Anschubfinanzierung darf nur gewährt werden, wenn danach eine klare, selbsttragende wirtschaftliche Perspektive erkennbar ist.
- uns für die Abschaffung des Vergabegesetzes einsetzen und für den Verzicht auf vergabefremde Kriterien bei öffentlichen Aufträgen arbeiten, wie z. B. Mindestlohnforderungen über den gesetzlichen Rahmen hinaus.
- alle Regelungen der Ladenöffnungszeiten kritisch hinterfragen und dafür streiten, dass die Festlegung der Ladenöffnung Teil der unternehmerischen Freiheit wird.
- für die Abschaffung von Beschränkungen der Sortimente an verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen streiten.

- versuchen zu verhindern, dass die Vertragsfreiheit zugunsten politischer Zielsetzungen geopfert wird und dass, wie im Fall des „Gesetzes über die Beteiligung von Bürgern und Gemeinden an Windparks“, erkennbar unwirksame, kostentreibende und bürokratische Vorschriften die wirtschaftenden Menschen behindern. Gesetze, bei denen Investoren fremde Gesellschafter – und seien es Bürger – aufgezwungen werden, lehnen wir ab.

DER STAAT IST NICHT DER BESSERE UND SOZIALERE UNTERNEHMER

Die zunehmende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, sei es auf kommunaler Ebene, im Land oder im Bund, verursacht einen erheblichen Konflikt zur privaten Wirtschaft. Es ist regelmäßig davon auszugehen, dass private Investoren auf ein Engagement verzichten, wenn in diesem Bereich der Staat als Unternehmer in Erscheinung tritt.

Hinzu kommt, dass sich der Staat in einen ungleichen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft begibt. Denn im Gegensatz zum Handwerksbetrieb genießen etwa eine Stadt oder ein Landkreis erhebliche steuerliche Vorteile, nahezu unbegrenzte Kreditfähigkeit sowie einen erheblichen Informationsvorsprung.

Ferner ist das Bestreben der Kommunen zu beobachten, sich angesichts der finanziell schwierigen Lage durch wirtschaftliche Betätigung in vermeintlich gewinnbringenden Bereichen zusätzlich zu engagieren.

Den privatwirtschaftlichen Unternehmen steht effektiver und vor allen Dingen sicherer Rechtsschutz gegen eine derartige Überschreitung der Grenzen für eine wirtschaftliche Betätigung durch die Kommunen nicht zur Verfügung.

Dabei sind in der Vergangenheit auch Staatsmonopole entstanden, die für Verbraucher und Steuerzahler gleichermaßen teuer werden können. Schattenhaushalte durch wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand sind intransparent, ineffizient und immer mit Nachteilen für den Steuerzahler verbunden.

Wir Freien Demokraten werden:

- durch eine Novellierung der Kommunalverfassung dafür sorgen, dass der Staat sich nur in sehr engen Grenzen als Unternehmer betätigen kann und uns konsequent für einen Rückbau staatlicher wirtschaftlicher Betätigung einsetzen, vor allem dort, wo solche Aktivitäten wettbewerbsverzerrende Wirkungen gegenüber privaten Unternehmen entfalten.

- einen längst überfälligen Landesbeteiligungsbericht einfordern, der sämtliche wirtschaftlichen Verflechtungen von Landesbeteiligungen transparent macht.
- uns gegen den nur scheinbar sozialen, in Wirklichkeit jedoch teuren und für viele Handwerker und Unternehmen unfairen Trend der Rekommunalisierung bei Versorgung und Dienstleistungen stemmen.
- uns dafür einsetzen, dass künftig verstärkt Interessenbekundungsverfahren und Wirtschaftlichkeitsvergleiche durchgeführt werden, um mehr vermeintlich öffentliche Leistungen qualitativ hochwertig und wirtschaftlich sinnvoll durch private Unternehmen erbringen zu lassen.
- darauf drängen, dass die Konsolidierung öffentlicher Haushalte nicht aus Einnahmen öffentlicher Unternehmen, sondern durch weniger Ausgaben und ausreichende Steuereinnahmen trotz moderater Steuersätze erfolgt. Dafür ist eine freie, wachsende Wirtschaft und daraus folgende hohe Beschäftigung die beste Garantie.
- die Bildung von Monopolen aktiv bekämpfen.
- die Umwandlung von öffentlich-rechtlichen Unternehmensformen in vergleichbare privatrechtliche Rechtsformen nach dem Prinzip der Transparenz und Vergleichbarkeit befördern.
- dafür sorgen, dass, sofern für eine politisch gewollte Aufgabe keine privaten Interessenten auf einem freien Markt vorhanden sind oder eine solche Aufgabe nicht wirtschaftlich darstellbar sein sollte, immer zuerst die Möglichkeit einer öffentlich-privaten Partnerschaft geprüft wird, bevor eine unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand erfolgt.
- darauf drängen, dass Aufsichtsgremien staatlicher Unternehmen und Beteiligungen nur mit qualifizierten Personen besetzt werden, die diese Aufgabe auch ausfüllen können.
- uns dafür einsetzen, dass Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung nicht an öffentlichen Ausschreibungs- und Bieterverfahren teilnehmen, sofern es Bieter aus der Privatwirtschaft gibt.

WENIGER ZETTEL, MEHR WIRTSCHAFT

Menschen und Wirtschaft brauchen stabile Rahmenbedingungen, sie brauchen aber keine Regulierungswut und keinen Ordnungswahn.

Unser Leitbild ist ein Staat, der in seinen Kernaufgaben stark ist, der es den Menschen aber einfach macht und ihnen maximale Freiheit gibt, wenn es um individuelles Leben und Wirtschaften geht. Bürokratie und Verwaltungsmehraufwand werden fast immer durch politische Entscheidungen verursacht, die in vermeintliche Missstände eingreifen oder Änderungen von Lebensweise und Verhalten nach dem jeweiligen Parteiprogramm erzwingen wollen. Die neuen Vorschriften im Rahmen des Mindestlohns und der Arbeitsstättenverordnung, aber auch die starren Ladenöffnungszeiten sind nur einige Beispiele für Hemmnisse, die sich Politik in bester Absicht ausdenken kann.

Oftmals erweisen sich solche staatlichen Eingriffe rückblickend als unnötig, zu teuer und verfehlt. Die entsprechende Regelung wird jedoch meist leider nicht im Sinne einer Aufgabenkritik zurückgenommen.

Der Bürokratieabbau ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht vorangekommen. Schon Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten, wie sie für unser Land typisch sind, müssen oft durch Bürokratie verursachte Zusatzkosten von mehr als 10.000 Euro jährlich tragen. Das ist Geld, das für neue Arbeitsplätze, den Geschäftsausbau oder Neuentwicklungen sinnvoller verwendet werden könnte. Wir Freien Demokraten wollen Mecklenburg-Vorpommern zum unbürokratischen Musterland und Vorreiter für persönliche und wirtschaftliche Freiheit machen!

Wir Freien Demokraten werden:

- uns weiterhin für Tarifautonomie stark machen. Dabei sind uns betriebliche Bündnisse mindestens so wichtig wie Tarifpartnerschaft alter Prägung. Durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes ist etwas völlig Neues entstanden, ein Mischsystem zwischen Freiheit und staatlicher Willkür - das lehnen wir ab. Gerade kleinere Unternehmen in Regionen mit schwacher Tarifbindung werden durch staatliche Eingriffe eher demotiviert, verantwortliche Tarifpartnerschaften einzugehen.
- dafür sorgen, dass künftig alle Landesgesetze und -verordnungen ein verbindliches Datum enthalten, an dem sie auf ihre Wirksamkeit überprüft und aktiv verlängert werden müssen oder verfallen.
- uns für eine Straffung der Unmenge an kommunalen, Landes- und Bundesvorschriften einsetzen und überflüssige Regelungen außer Kraft setzen.

- dazu die Nutzung öffentlicher Bürgerbeteiligung zum Abbau unnötiger Bürokratie in den Verwaltungen – vergleichbar mit dem betrieblichen Vorschlagswesen - prüfen und dort, wo es sinnvoll ist, umsetzen.
- Genehmigungsverfahren auf ein Minimum beschränken und, dort, wo es sinnvoll ist, durch Anzeigeverfahren ersetzen.
- die Einführungen der kleinen Bauvorlagenberechtigung unterstützen.
- statistische Berichtspflichten durch Unternehmen so weit wie möglich reduzieren.
- dafür sorgen, dass Technik-, Energie- und Ausstattungskriterien für Gebäude weitgehend selbstbestimmt sind und die Landesbauordnung nicht zum Werkzeug zur Durchsetzung sachfremder politischer Ziele, wie z.B. Bevorzugung einzelner Energieträger, werden darf.

MEHR MUT ZU INNOVATION UND DYNAMIK

Unser Land wird von vielen Menschen hauptsächlich als Urlaubsziel und als möglicher Altersruhesitz wahrgenommen. Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich trotz einiger positiver Entwicklungen im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern durch weniger wirtschaftliche Freiheit und weniger Dynamik aus. Viele junge, innovative Unternehmen im Lande beklagen das schlechte Image des Wirtschaftsstandortes, was nachweislich auch junge Fachkräfte davon abhält, sich hier eine Zukunft aufzubauen.

Wir Freien Demokraten haben ein anderes, ein weitergehendes Leitbild für unsere Heimat. Wir möchten, dass Mecklenburg-Vorpommern ein innovatives und dynamisches Land wird, in dem es sich gut leben und gut wirtschaften lässt.

Ein Land, das für Unternehmen, Fachkräfte und deren Familien sowie Gäste aus dem In- und Ausland als Arbeitsplatz, als Lebensmittelpunkt und als Ort zum Erholen attraktiv ist.

Ein Land, das jungen und alten Menschen, bestehenden und neu angesiedelten Unternehmen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten bietet, das landschaftlich reizvoll, kulturell interessant und weltoffen ist. Ein solches Mecklenburg-Vorpommern wird sich keine Sorgen um seine Zukunft und seine Rolle im Wettbewerb der europäischen Wirtschaftsstandorte machen müssen. Mecklenburg-Vorpommern liegt zwischen starken Regionen, die auch viele Chancen für unser Land bieten.

Wir sehen große Potentiale in der Zusammenarbeit der westlichen Landkreise mit der Metropol-Region Hamburg sowie der östlichen Landkreise mit der polnischen Woiwodschaft Westpommern und der Euroregion Pomerania, die wir aktiver nutzen wollen. Auch die wachsende Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg ist ein wichtiger potentieller Partner für die südlichen Landkreise.

Für uns Freie Demokraten gehört zu einer erfolgreichen Politik für den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern sowohl die Begleitung der vorhandenen Unternehmen als auch effektives Standortmarketing im Wettbewerb mit den anderen europäischen Regionen. Standortmarketing wird jedoch erfolglos bleiben, wenn die sogenannten weichen Standortfaktoren schwach sind.

Weder kommen neue Investoren ins Land, noch können bestehende Ansiedlungen dauerhaft erhalten werden, wenn ihre Mitarbeiter Sorge haben müssen, dass die Bildung ihrer Kinder im Vergleich mit anderen Bundesländern allenfalls zweitklassig ist. Eine erfolgreiche Standort- und Wirtschaftspolitik muss deshalb eng mit den anderen Politikfeldern verzahnt sein.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für ein Wirtschaftsklima einsetzen, durch das Mecklenburg-Vorpommern gleichermaßen als Reiseland und als Handels- und Industriestandort attraktiv ist.
- uns für die Unterstützung von wirtschaftlichen Kooperationsnetzwerken durch eine ressortunabhängige Landesförderungseinrichtung stark machen. Staatlich geförderte Netzwerke dürfen nicht zum Selbstzweck betrieben werden. Sie müssen erfolgsorientiert und nach einer geförderten Anlaufphase selbsttragend sein.
- dafür sorgen, dass in Mecklenburg-Vorpommern keine staatlich verordneten und geförderten Branchen-Monokulturen entstehen, sondern eine Wirtschaft, die mit ihrer Branchenvielfalt einem gesunden Mischwald gleicht. Jede nachhaltige Geschäftsidee hat ihre Berechtigung und ist Teil der wirtschaftlichen Freiheit. Der Staat soll keine Branchen bevorzugen und andere links liegen lassen.
- dafür eintreten, dass traditionelle Branchen im Lande bleiben und sich durch unternehmerische Initiative weiterentwickeln können. So gehören Schifffahrt, Häfen aber auch Werften und ihre Zulieferer zu einem Küstenland wie Mecklenburg-Vorpommern. Der Staat kann und darf keine Werften am Leben erhalten, aber er kann durch gute Rahmenbedingungen für Unternehmen, Forschung und Hochschulen dafür sorgen, dass wertvolles, auch international gefragtes maritimes Know-how im Lande erhalten bleibt. Mecklenburg und Vorpommern waren seit Jahrhunderten die „Kornkammern“ für große Städte. Heute ist die Ernährungswirtschaft der umsatzstärkste Bereich des produzierenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern. Wir wollen sie als innovativen, modernen und qualitätsorientierten Industriezweig und nicht nur als nachgelagerten Teil der Landwirtschaft behandeln.
- die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft befördern, die national wie international einen guten Ruf hat (von den Kliniken bis zu den Unternehmen der Biotechnik) und künftig durch die Landesregierung konzentriert begleitet werden soll.

- dafür sorgen, dass Umwelanforderungen an die Wirtschaft zwar ambitioniert, aber verhältnismäßig, angemessen und langfristig rechtssicher kalkulierbar bleiben.
- die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns sichern, auch indem wir verhindern, dass bundes- und europarechtliche Umwelt-Vorgaben durch das Land einseitig verschärft werden.
- bei aller Wirtschaftsentwicklung die berechtigten Interessen der betroffenen Einwohner und den Schutz unserer schönen Landschaften immer im Auge behalten.

RESPEKT UND WERTSCHÄTZUNG FÜR MENSCHEN, DIE ETWAS UNTERNEHMEN

Wir Freien Demokraten wollen mehr Menschen im Lande ermutigen, etwas zu unternehmen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Ob sie das als Selbstständige, Angestellte, Landwirte oder gar im Ehrenamt tun: Alle brauchen mehr Freiraum für eigene Ideen und eigenes Handeln und weniger Einmischung eines vorgeblich fürsorglichen Staates.

Unsere Wirtschaftskraft entsteht, weil Menschen erfolgreich Waren und Dienstleistungen entwickeln und herstellen. Dies ist das Ergebnis unzähliger Einzelentscheidungen, die täglich getroffen werden. Leistungsbereitschaft, Kreativität, Innovationskraft und der Fortschrittswille von Arbeitnehmern und Unternehmern sind die Grundlage für jenen wirtschaftlichen Erfolg, der zu Wachstum führt.

Das wirtschaftliche Bild Mecklenburg-Vorpommerns ist geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben in Handel, Handwerk, Dienstleistung und produzierendem Gewerbe. Diese meist inhabergeführten Betriebe bilden den Mittelstand unseres Landes, sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft: Unternehmer und Familienunternehmen, die Privates nicht von Wirtschaftlichem trennen können und wollen, die Verantwortung für sich, ihre Mitarbeiter und ihre Region übernehmen; die auch in schwierigen Zeiten nicht das Handtuch werfen – mit allen Risiken die damit verbunden sind; Unternehmer, die die Gegenwart und die Zukunft selber gestalten möchten.

Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber, der größte Steuerzahler und der größte Ausbilder in unserem Land. Die Unternehmen leiden aber heute bei der Besetzung von offenen Stellen unter den Folgen der schlechten Bildungspolitik der letzten Jahre. Deswegen muss die Politik den vielen Handwerkern, Händlern, Landwirten, Freiberuflern und Unternehmern den Rücken freihalten. In den vergangenen Jahren tat sich auf diesem Gebiet in Mecklenburg-Vorpommern zu wenig.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Probleme anpacken, mit denen die Unternehmen in unserem Land zu kämpfen haben, und Menschen, die etwas unternehmen, das Leben leichter machen. Administrative Hindernisse müssen so gering wie irgend möglich gehalten werden.
- jedes Landesgesetz besser auf seine Be- und Entlastungswirkung vor allem für die kleinen und mittelständischen Unternehmen prüfen.
- jede Art von Investitionshemmnissen konsequent beseitigen. Wir Freien Demokraten begrüßen ausdrücklich, wenn sich Unternehmer zum Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern bekennen und auf eigenes Risiko ohne staatliche Subventionen in die Schaffung neuer Arbeitsplätze investieren wollen.
- die spezifischen Rahmenbedingungen des Handwerks weiter verbessern und Betriebsübernahmen sowie Aus- und Neugründungen erleichtern.
- mehr für eine Gründerkultur in Mecklenburg-Vorpommern tun. Mutige Menschen, die für ihre Ideen brennen, müssen unterstützt und nicht gebremst werden. Das eröffnet Chancen, von der Verwirklichung der eigenen Ziele bis hin zu zukunftssicheren Arbeitsplätzen.
- dafür streiten, dass das Thema Selbständigkeit und Unternehmen in den Lehrplan des Fachs Wirtschaft ab Sekundarstufe I aufgenommen wird und praxisnahe schulische und außerschulische Bildungsprojekte zur Verbesserung des Verständnisses für die Funktion der Unternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft etabliert werden. Erfolg bei der Verwirklichung der eigenen Ideen ist Vorbild und kein Grund für Neid.
- den Sachverstand und das Erfahrungspotential der Unternehmer, von denen bereits heute viele ehrenamtlich für das Wohl des Landes arbeiten (z.B. als Wirtschaftsbotschafter oder Gründer-Mentoren), besser würdigen und nutzen.

ARBEIT IST MEHR ALS NUR GELD VERDIENEN

Für viele Menschen ist ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis die Grundlage zur Erfüllung der eigenen Lebensvorstellungen. Sie leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Wirtschaftskraft unseres Landes und zur Aufrechterhaltung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland. Arbeit ist das soziale Band in unserer Gesellschaft. Ein zukunftsfester Arbeitsplatz ist ein wichtiges Gut. Erfolgreiche Arbeit ist aber auch Quelle von Zufriedenheit und Selbstwertgefühl, sie ermöglicht Aufstieg.

Vielfältige und interessante Beschäftigungsperspektiven bei leistungsgerechten Löhnen und Gehältern, die am Markt erwirtschaftet werden können, sind Grundvoraussetzung für sozialen Frieden.

Uns Freien Demokraten ist es sehr wichtig, dass alle Menschen, gleich welchen Alters, Geschlechts oder welcher Herkunft, am Erwerbsleben teilhaben können. Nach wie vor gibt es zu viele Hürden, die nicht nur die berufliche Entwicklung behindern, sondern auch, dass jemand überhaupt Arbeit findet. Die Agentur für Arbeit verwaltet oft noch die Arbeitslosigkeit, anstatt alle Möglichkeiten der Motivation und Qualifikation in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt konsequent zu nutzen. Dies schadet der Gesellschaft, insbesondere den vielen mittelständischen Unternehmen, die händeringend Fachkräfte suchen. Wir stehen für eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht bevormunden, sondern Perspektiven eröffnen und den Einzelnen motivieren und fordern will. Eine Gesellschaft im demografischen Wandel, in der es an Fachkräften mangelt, braucht jeden, der arbeiten will und kann, und jeder hat auch eine zweite und dritte Chance verdient. Bildung und Qualifikation ist für uns dabei das maßgebliche Instrument, um die Arbeitslosigkeit und deren Ursachen zu bekämpfen.

Wir Freien Demokraten werden:

- eine stärkere Förderung von Aus- und Weiterbildung in jedem Alter unterstützen
- darauf drängen, dass Arbeitslose bedarfsgerecht aus- und weitergebildet werden, damit sie reelle Beschäftigungsmöglichkeiten bekommen und nicht von Maßnahme zu Maßnahme weiterverwaltet werden.
- für alle Maßnahmen eintreten, die dazu führen, dass sich Leistung für denjenigen, der arbeitet, lohnt.
- uns dafür einsetzen, dass gesetzliche Arbeitszeitvorgaben einen größtmöglichen Spielraum für Leistung und Engagement lassen.
- die Voraussetzungen und das Wirtschaftsklima schaffen, damit viele motivierende und zukunftsfeste Beschäftigungsperspektiven für alle Qualifikationsniveaus in Mecklenburg-Vorpommern im ersten Arbeitsmarkt entstehen können.

INNOVATION IST DER MOTOR FÜR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Wir Freien Demokraten stehen für Forschungsfreiheit und gegen Forschungsangst. Hochschulen und Institute, die Forschung betreiben, sind auch wirtschaftliche Wachstumskerne. Sie unterstützen die Innovationskraft der Wirtschaft, sie bringen Ausgründungen hervor, sie ziehen Fachleute und ihre Familien ins Land. Mecklenburg-Vorpommern verfügt trotz der geringen Bevölkerungsdichte über eine beträchtliche Anzahl an Spitzenforschungseinrichtungen. Dazu gehören unter anderem die fünf Leibnitz-Institute im Land: das Friedrich-Löffler Institut auf der Insel Riems, das Fraunhofer Anwendungszentrum für Großstrukturen in Rostock und die Max-Planck-Institute für Plasmaforschung in Greifswald und für demographische Forschung in Rostock. Viele Unternehmen investieren bereits heute beträchtliche Mittel in Forschung und Entwicklung. Die Freien Demokraten wollen die Forschungsanstrengungen von Instituten und Unternehmen auch in Zukunft von staatlichen Vorgaben so frei wie möglich halten.

Wir Freien Demokraten werden:

- Forschung und Entwicklung aus unserem Land auch über den direkten Bedarf der heimischen Wirtschaft hinaus noch stärker als begehrten Exportartikel etablieren und dabei den besten Köpfen hier eine attraktive Heimat geben.
- uns für eine gezielte und vor allem wettbewerbsorientierte Förderung von Forschungs- und Technologieschwerpunkten einsetzen.
- eine engagierte Unterstützung von Wissens- und Technologietransfers sowie eine bessere Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft fördern, damit neue Forschungsergebnisse schnellstmöglich auch zu marktreifen Innovationen werden und neue Arbeitsplätze ermöglichen.
- für einheitliche und unbürokratische Regelungen plädieren, die die Zuwanderung hoch qualifizierter Wissenschaftler erleichtern.
- nach dem Vorbild anderer Länder eine breitenwirksame, technologieneutrale und unbürokratische steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklung in Unternehmen vorantreiben.
- die Förderinstrumentarien des Bundes und des Landes weitgehend harmonisieren und thematisch noch offener machen. Dadurch können auch mehr kleine und mittlere Unternehmen erreicht werden, die in vielen gängigen Forschungsförderprogrammen seltener zum Zuge kommen.

DIGITALISIERUNG: VORAUSSETZUNG FÜR DAS FLÄCHENLAND DER ZUKUNFT

Die digitale Revolution übertrifft alle bisherigen technologischen Sprünge in ihren Auswirkungen und ihrer Geschwindigkeit. Kein Bereich wird davon ausgenommen sein, auch nicht Gesellschaft, Staat und Politik. Effiziente digitale Kommunikation kann Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, ein Land der Fläche, näher zusammenbringen.

Die Digitalisierung ist auch Teil des Lebensgefühls vieler Menschen. Ihnen werden wir zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern am Puls der Zeit lebt.

Digitalisierung ist für uns deshalb auch ein Werkzeug, um Landesentwicklung und individuelle Freiheit zu fördern. Aus diesem Grund wollen wir Mecklenburg-Vorpommern zum digitalen Flächenland der Zukunft machen. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Infrastruktur für die digitale Kommunikation.

Ein möglichst weit ausgebautes Glasfasernetz ist gegenwärtig die technisch beste und zukunftsweisendste Lösung für eine Breitband-Infrastruktur, die mit den rasant wachsenden Kapazitätsanforderungen aus Telefonie, Verbraucherangeboten wie TV- und Gaming-Anwendungen sowie Handel, Gewerbe und Industrie mithalten kann. Es muss aber für jeden konkreten Fall an jedem Ort geprüft werden, welche zukunftssicheren technologischen Lösungen die Anbindung an das „Netz der Netze“ wirtschaftlich effizient ermöglichen.

Die wirtschaftliche Attraktivität und damit die Zukunft unseres Landes hängen entscheidend von der Fähigkeit ab, in der zunehmend digitalisierten Gesellschaft verankert zu sein.

Handel und Verbraucher, Freiberufler und Betriebe wollen an der internetbasierten Wirtschaft teilnehmen und die sich ergebenden Chancen nutzen. Das betrifft nicht nur Software-Entwickler, Dienstleister und das produzierende Gewerbe (Stichwort „Industrie 4.0“) sondern auch Handel, Pensionen und Hotels, Ärzte, Anwälte, Architekten und Ingenieure und vor allem auch die moderne Landwirtschaft.

Chancen aus der Digitalisierung ergeben sich auch für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung, eine effiziente Energiewirtschaft ebenso wie für Heimarbeit, Bildung und Gesundheitsversorgung in der Fläche.

Für viele junge Fachkräfte, die künftig vermehrt in Mecklenburg-Vorpommern ihren Lebensmittelpunkt finden sollen, ist zudem eine den großen Zentren vergleichbare leistungsstarke digitale Anbindung eine wichtige Voraussetzung für die Entscheidung für eine Zukunft in unserem Land.

Die rasante Digitalisierung wirft Fragen des Persönlichkeits- und Datenschutzes sowie der Datensicherheit dringlicher auf denn je. Digitalisierung ist mehr als nur Technologie oder Infrastruktur. Aber ohne Technologie und Infrastruktur haben wir keine digitale Zukunft. Darum müssen wir diesen entscheidenden Standortfaktor auch als Herausforderung für Landesregierung und Kommunen begreifen und es daher konsequent und wirtschaftlich vernünftig angehen. Dabei setzen wir Freien Demokraten vordergründig auf die Kräfte des Marktes, die allerdings heute noch oft durch Monopolstrategien und Vorschriften behindert werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass der Ausbau der Breitband-Infrastruktur in unserem Land endlich entscheidend forciert wird, sowie die dafür notwendigen Anreize technologieneutral gesetzt und alle Möglichkeiten des Marktes genutzt werden.
- dafür kämpfen, alle in der Zuständigkeit des Landes liegenden Zugangshemmnisse für Marktteilnehmer des Kommunikationsmarktes zu beseitigen und Monopolbildungen durch Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand zu verhindern.
- darauf achten, dass die Landesregierung die Errichtung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für die digitale Kommunikation als Voraussetzung für die künftige Landesentwicklung mit höchster Priorität verfolgt, dass sich aber die öffentliche Hand nur dort direkt einschaltet, wo in einem offenen und technologieneutralen Markt nachweislich anders keine zügige Breitbanderschließung möglich wäre.
- darauf drängen, dass bei allen öffentlichen Straßen-, Wege- und Kanalisationsbaumaßnahmen künftig bereits Leerrohre für spätere Kabel verlegt werden. Da der Tiefbau mehr als drei Viertel der Kosten ausmacht, können so die Investitionen in die Breitband-Infrastruktur entscheidend verringert werden.

EIN LEBENDIGES FLÄCHENLAND BRAUCHT GUTE VERKEHRSADERN

Güter und Menschen können nicht über das Internet transportiert werden. Urlauber kommen nur dann gern, wenn sie ihr Ziel bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder dem eigenen Auto erreichen können. Handwerker, Lieferanten aber auch Not- und Rettungsdienste brauchen gute Straßen, um in unserem dünn besiedelten Land auch weitere Entfernungen schnell zurücklegen zu können. Daher brauchen wir eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für Menschen und Wirtschaft.

Wichtige Verkehrsachsen im Lande sind, weniger als Verdienst der Landesregierung sondern vor allem dank unermüdlicher Arbeit der Wirtschaft und deren Kammern und Verbände, in die Transeuropäischen Verkehrsnetze einbezogen worden. Unser Land bietet daher gute Anknüpfungspunkte für weitere Investitionen. Diese gilt es zu erhalten, zu entwickeln und weiter zu verbessern. Aus der zentralen Lage im westlichen Ostseeraum und zwischen Europa und Skandinavien aber auch aus dem Wachstum der Handelsströme ergeben sich Chancen für unser Land, wenn wir darauf vorbereitet sind. Die künftige wirtschaftliche Leistungskraft unserer Häfen hängt von ihrer Erreichbarkeit ab.

In Mecklenburg-Vorpommern fehlt ein tragfähiges Flughafenkonzept. Über Jahre hinweg wurde in unterschiedliche Standorte mit unterschiedlicher Intention viel öffentliches Geld investiert. Eine wirkliche Vernetzung und Beachtung der Luftverkehre in anderen Bundesländern bzw. im Ostseeraum fand ebenfalls nicht statt. Für die im Land bestehenden Betreiber fehlt es mithin an der erforderlichen Planungssicherheit. Mecklenburg-Vorpommern muss gemeinsam mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen ein abgestimmtes Flughafenentwicklungs- und Luftverkehrskonzept für Norddeutschland erarbeiten. Wir setzen uns dabei für eine Stärkung des Flughafens Rostock-Laage als zentralen Landesflughafen ein.

Dabei soll insbesondere die mittel- und langfristige Kapazitätenentwicklung der bestehenden Flughäfen erfasst werden, um darauf aufbauend Lösungen für bestehende bzw. abzusehende Defizite in Kapazität und Finanzierung zu entwickeln.

Wir Freien Demokraten werden:

- den aktiven Ausbau der Seehäfen, deren Zufahrten und deren Hinterland-Anbindung unterstützen, auch als Industriestandorte mit Kaikante.
- die Entwicklung aber vor allem auch die Erhaltung der Autobahn-, Straßen-, Schienen- und Wasserwegenetze (einschließlich der touristischen) aktiv vorantreiben, mit Verantwortung für Landschaft und Umwelt, aber ohne ideologische Scheuklappen. Eine verantwortungsvolle Landesregierung muss immer genügend sinnvolle Projekte ausgeplant in Reserve haben, wenn sich im Rahmen der Bundesplanung Möglichkeiten ergeben.
- uns im Hinblick auf die Fehmarn-Belt-Querung dafür einsetzen, dass nicht alle Mittel für die Hinterland-Anbindung auf Fehmarn konzentriert werden, sondern auch der Seehafen Rostock als wichtiges Element der EU-Nord-Süd-Achse optimal angebunden wird.
- mit den Kommunen den Bau von Fernbusbahnhöfen koordinieren, damit im ländlichen Raum eine gute Infrastruktur erhalten bleibt.

- den ÖPNV in den Ballungsräumen systematisch ausbauen und dabei die Angebote bedarfsgerechter und effizienter gestalten.
- das Car-Sharing als moderne Alternative zum individuellen Fahrzeugbesitz stärken. Die kombinierten Angebote von ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing-Anbietern sind fortzuentwickeln. Die Bereitstellung besonderer Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge muss in den Kommunen vorangetrieben werden.
- die Zusammenarbeit der Verkehrsverbände im Land positiv begleiten. Neue Tarifangebote und elektronische Abrechnungssysteme (E-Ticketing) sind landesweit kompatibel einzuführen, um Insellösungen zu vermeiden. Dies kann auch für ein attraktives landesweites Semesterticket, das von jedem Studenten optional erworben werden kann, gelten.
- die eigenverantwortliche Mobilität der Bürger durch die Einrichtung vernetzter Mobilitätszentralen unterstützen. Um außerhalb der Ballungszentren Wahlfreiheit zwischen Mobilitätsangeboten zu sichern, streben wir eine landesweit vernetzte Echtzeitauskunft für alle Verkehrsmittel an, die für alle Bürger immer abrufbar ist. Das Land soll dazu Starthilfe geben.
- gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, die autonomes Fahren ermöglichen und Testregionen zur Erprobung autonomen Fahrens aktiv unterstützen.
- den ÖPNV auch im ländlichen Raum weiterentwickeln indem wir auf die Ausweitung von Rufbus-Verkehren, die verstärkte Integration von Taxi-Unternehmen und die Ergänzung des ÖPNV durch Bürgerbusverkehre als Modelle bürgerschaftlichen Engagements setzen.
- ein Luftverkehrskonzept einfordern, das anders als bisher auf zuverlässigen Passagier- und Frachtdaten basiert und den inländischen mit dem internationalen Verkehr stärker vernetzt.
- Beteiligungen von privaten Investoren und Kooperationen mit bestehenden Flughäfen genauso in unsere Überlegungen einbeziehen, wie die zivilrechtliche Nutzung ehemaliger Militärflugplätze.

LEBEN UND ARBEITEN, WO ANDERE URLAUB MACHEN

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der beliebtesten Urlaubsländer Deutschlands. Unsere Badeorte und Strände, die historischen und lebendigen Hansestädte und deren Häfen, die eindrucksvollen Bauten der Backsteingotik und die intakten Landschaften mit ihren Seen im Landesinneren, unzählige freundliche Pensionen, Hotels und Freizeit- und Wellnessangebote für jeden Geschmack und Geldbeutel - sie alle ziehen jährlich über 11 Millionen Gäste an, immer öfter auch außerhalb der Feriensaison.

Engagierte Hoteliers und Gastwirte sorgen für deren leibliches Wohl und sind das Gesicht unseres Landes. Jedes dritte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis im Lande hängt direkt oder indirekt vom Tourismus ab. Auch bieten sich viele flexible Möglichkeiten für Teilzeitarbeit. Der Durchschnittsverdienst im Tourismugewerbe liegt zwar deutlich unter den Gehältern in der industriellen Produktion, ist aber in den letzten Jahren u. a. durch neue Qualitätsangebote und die rege Nachfrage auch ohne gesetzliche Mindestlöhne deutlich gestiegen.

Die Branche ist damit auf einem guten Weg, ihren Nachwuchs und Fachkräfte im Land langfristig zu attraktiven Konditionen zu beschäftigen. Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat der Staat allerdings gerade in Gastronomie und Tourismugewerbe eine Kaskade von Personalkostensteigerungen auch quer durch die höheren Qualifikationen ausgelöst, die von vielen kleineren Betrieben oft kaum zu erwirtschaften ist.

Wir Freien Demokraten werden:

- dafür eintreten, dass Hotels, Pensionen und Restaurants ohne staatlichen Regulierungsdrang gute Gastgeber sein können.
- einseitige Belastungen wie Betten- oder Übernachtungssteuern ablehnen und uns stattdessen für freiwillige, umlagefinanzierte Tourismusmarketingkonzepte einsetzen.
- dafür sorgen, dass die landschaftlichen Grundlagen für das Interesse unserer Gäste an Mecklenburg-Vorpommern erhalten bleiben. Windparks und Urlaub schließen sich nicht grundsätzlich aus, aber die berechtigten Interessen der betroffenen Bürger und Tourismusbetriebe müssen gewahrt bleiben.
- die individuelle Baukultur in den Regionen Mecklenburgs und Vorpommerns erhalten. Die niedrigen reetgedeckten Häuser auf Fischland-Darß, die Backsteingotik in den Hansestädten, die Bäderarchitektur entlang der Ostsee oder die mittelalterlichen Fachwerkstädte Westmecklenburgs sind Teil unserer Identität und Anziehungspunkte für Gäste. Dies sollte auch bei Sanierungs- und Neubauprojekten sowie bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder von Isolationstechnologien berücksichtigt werden. Tradition und Moderne müssen im Einklang stehen.
- Mecklenburg-Vorpommern zu einem Land machen, das für guten Urlaub und gute Arbeit steht. Wir wollen daher die Tourismuswerbung des Landes künftig besser mit dem Landesmarketing verzahnen. Das Land muss sich als einprägsame Spitzenmarke präsentieren, die allen Wirtschaftszweigen gerecht wird.
- uns für gutbezahlte Arbeitsplätze im Tourismus und daher für Qualität statt Quantität in der Entwicklung des touristischen Angebots einsetzen.

UNSERE STÄDTE ALS ATTRAKTIVE ZENTREN IHRER REGION

Das Einzelhandels-, Gastronomie- und Dienstleistungsangebot der Innenstädte bestimmt die Einschätzung der Lebensqualität in den Wohnorten und bietet vielen Menschen Arbeitsplätze in ihrer Region. Für Einwohner und Gäste ist es das sichtbare Markenzeichen einer erfolgreichen Stadtentwicklung. Städte mit einem attraktiven innerstädtischen Angebot sind starke Anziehungspunkte für die Menschen und laden zu längerer Verweildauer ein.

Wir Freien Demokraten werden:

- einen Ideenwettbewerb ohne übergeordnete staatliche Eingriffe und Bevorzugungen zur Stadt- und Regionalentwicklung vor Ort initiieren - in den Kommunen und Regionen.
- einen fairen Interessenausgleich zwischen innerstädtischem Handel und Einkaufszentren auf der grünen Wiese herbeiführen.
- dafür eintreten, dass innerstädtische Angebote von jedem Interessenten auch mit dem Verkehrsmittel der eigenen Wahl erreicht werden können. Ideologisch motivierte Verkehrskonzepte wie „Tempo 30“ und Einschränkung der Zufahrten sind dafür wenig hilfreich.

REALISTISCHE ENERGIEPOLITIK FÜR ALLE STATT ILLUSIONEN VOM „WINDSCHEICHTUM M-V“

Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf, die illusionäre energiepolitische Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern (von Februar 2015) aufzugeben. Die Landesregierung soll stattdessen eine realistische, technologieneutrale und innovative Energiepolitik betreiben, die eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung zum Wohle aller Bürger und Unternehmen unseres Landes sichert.

Die energiepolitische Konzeption der Landesregierung bietet keine Antwort auf die Frage, wer den unzuverlässig und stoßweise anfallenden Wind- und Solarstrom aus Mecklenburg-Vorpommern in einem künftig nicht mehr subventionierten Strommarkt eigentlich kaufen will und setzt faktisch einen langfristigen Weiterbestand von Einspeisevorrang und Subventionen nach dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) voraus.

Sie bietet somit keine realistische Geschäftsgrundlage für Raumordnung, Investoren und Wirtschaft und darf daher auch nicht Nachweis öffentlichen Interesses für die faktische Umwandlung weiter Landstriche in Wind- und Solar-Industriegebiete sein.

Die Konzeption, gedacht als „Gesamtkonzeption für eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung“, ist auch aus Klimaschutzgründen nicht stichhaltig: Mecklenburg-Vorpommern emittiert weniger als 0,6 Promille des Weltausstoßes an CO₂ und im ganzen Jahr weniger als China allein an einem Tag. Ein Beitrag zum Klimaschutz aus Mecklenburg-Vorpommern ist also im Weltmaßstab nicht spürbar, selbst bei großen und teuren Anstrengungen. Die Pläne der Landesregierung lassen sich nur dann realisieren, wenn allein in unserem Land kurzfristig für nahezu 1 Milliarde Euro fast 1.000 km an Hoch- und Höchstspannungsleitungen und viele Verzweigungen gebaut würden. Die umstrittenen Stromtrassen in den Süden kämen noch hinzu.

Es ist völlig unklar, wie der Leitungsbau in Mecklenburg-Vorpommern ausgeführt, finanziert und amortisiert werden soll. Deshalb ist die Konzeption der Landesregierung ein ungedeckter Scheck zulasten unserer Wirtschaft und der privaten Haushalte im Lande.

Wir Freien Demokraten werden:

- den Raubbau an Landesflächen im Namen zweifelhafter Ziele stoppen. Windkraft- und Photovoltaik- Anlagen verbrauchen viel Raum bei vergleichsweise geringer Stromproduktion pro Quadratmeter Wind- oder Solarparkfläche.
- eine Vergrößerung der Zahl von derzeit ca. 1.800 Onshore-Windkraftanlagen im Lande auf 4.500 Anlagen gegen die Interessen der betroffenen Bürger und Tourismusbetriebe ablehnen.
- für die Abschaffung des Beteiligungsgesetzes streiten, das die Akzeptanz von Windparks nicht erhöht, dafür aber massiv in die Vertragsfreiheit eingreift und unsinnig, teuer und bürokratisch ist.
- die positive Entwicklung der Windkraftbranche in Mecklenburg-Vorpommern weiter unterstützen. Viele Unternehmen exportieren bereits den größten Teil ihrer Produkte und Leistungen. Für die Wirtschaftsförderung ist es aber nicht notwendig, unser Land zu einem riesigen Windpark zu machen und die meisten im Land gebauten Windräder auch innerhalb der Landesgrenzen aufzustellen. Wir Freien Demokraten halten es für fahrlässig, dass die Landesregierung mit ihrem unrealistischen Energiekonzept Erwartungen in der Branche weckt, die sie gar nicht einlösen kann. Sie schließt damit nahtlos an die skandalöse Irreführung der mittelständischen Zulieferer und der Beschäftigten in der P+S Werften-Krise an.

- uns für Ressourcenschonung und eine Diversifizierung der Energieversorgung einsetzen, bei der die erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen aber, dass jeder Stromproduzent sein Angebot eigenverantwortlich auf einem freien Strommarkt absetzen und jeder Stromlieferant sein Angebot auch bei Flaute und Dunkelheit garantieren muss. In Mecklenburg-Vorpommern dürfte heute eigentlich kein neues Windrad mehr gebaut werden, das keine Speichermöglichkeit oder Absicherung durch Reservekapazitäten nachweisen kann.
- den Unfrieden im ländlichen Raum beenden, der durch die Folgen der unrealistische Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung entstanden ist. Diese Politik darf nicht zur Folge haben, dass über Interessen von Bürgern, Kommunen und anderen Wirtschaftszweigen (z.B. Tourismus) hinweggegangen wird, um letztlich unwirtschaftliche und sinnlose Ziele zu erreichen, um eine Vorreiterrolle einzunehmen, auf die in der Welt niemand wartet oder um eine bestimmte Branche zu fördern. Einsprüche von Gemeinden und betroffenen Bürgern müssen ein stärkeres Gewicht haben. Die FDP steht dabei an der Seite der betroffenen Bürger, Unternehmen und deren demokratischen Initiativen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns dafür ein, dass bei neuen Windparks der Abstand zwischen dem jeweiligen Windrad und der Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der gesamten Höhe der Windkraftanlage betragen muss.
- uns für die Durchführung einer Langzeitstudie einsetzen, die die Frage eventueller Gesundheitsbelastungen für Windparkanrainer, z.B. durch Infraschall, wissenschaftlich fundiert klärt.

RESERVAT ODER WIRTSCHAFTEN IM LÄNDLICHEN RAUM?

Die Land- und Forstwirtschaft sowie Binnen- und Seefischerei stiften Identität, pflegen die Landschaft, fördern die Kultur und sind Motor des ländlichen Raums. Landwirte sind seit Jahrhunderten dem Schutz ihrer Böden verpflichtet. Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei sind aber auch erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branchen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellen gesunde und hochwertige Produkte her.

Dabei befinden sich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in einem ständigen Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der den Unternehmen große Kreativität und Flexibilität abverlangt.

Die Freien Demokraten setzen sich für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerisches Handeln lässt. Der unternehmerisch denkende und handelnde Landwirt steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik.

Landwirte sind in erster Linie Produzenten von Lebensmitteln. Als Produzenten von nachwachsenden Rohstoffen haben Sie sich ein weiteres Produktionsfeld erschlossen. Ökologischer Landbau und eine großflächige Landwirtschaft schließen einander nicht aus. Die Umstellung konventionell wirtschaftender Betriebe auf den alternativen Landbau ist eine Möglichkeit der Verbreiterung des Angebots landwirtschaftlicher Produkte.

Wir Freien Demokraten setzen auf eine bodenständige Landwirtschaft, die in den Regionen verwurzelt ist. Die Rechtsform, die Größe oder die Art der Bewirtschaftung der Betriebe ist zweitrangig. Wie Landwirte ihre Betriebe organisieren, unterliegt ihren Entscheidungen, denn sie tragen die unternehmerische Verantwortung.

Der ländliche Raum ist für uns Freie Demokraten ein eigenständiger Wirtschafts-, Lebens-, Entwicklungs- und Kulturraum. Er ist keine Restfläche für Schutzzonen und ökologische Ausgleichsräume der Ballungszentren. Durch staatliches Handeln dürfen Eigentumsrechte nicht ersatzlos verloren gehen. Sozialbindung darf nicht zur Nutzungsenteignung führen. Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft.

Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Angler und Jäger haben für den Erhalt und die Pflege unserer Kulturlandschaft viel geleistet. Für Naturschutz und Fremdenverkehr ist eine nachhaltig betriebene Land- und Forstwirtschaft ein wichtiger Partner.

Wir Freien Demokraten werden:

- eine wettbewerbsfähige, innovative und verbraucherorientierte Landwirtschaft durch Rahmenbedingungen unterstützen, die ermöglichen, dass Landwirte den wesentlichen Teil ihres Einkommens am Markt erwirtschaften können. Wir lehnen dabei jede politische Bevorzugung einer bestimmten Bewirtschaftungsart ab. Die Entscheidung darüber muss frei beim Landwirt liegen.
- die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern, damit Agrarprodukte in unserem Land erzeugt und veredelt werden können. Dabei werden wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleisten.
- die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln aus allen Produktionsrichtungen unterstützen.
- uns für objektive Informationen über die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stark machen.
- Chancengleichheit für konventionell und ökologisch wirtschaftende Betriebe einfordern und eine ideologisch motivierte Bevorzugung und Unterstützung ökologischer Produktion ablehnen.
- Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, angemessen ausgleichen.

- Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten an Landwirte vergeben, statt sie deutlich teurer von Behörden durchführen zu lassen.
- vor dem Hintergrund der stark wachsenden Weltbevölkerung und der günstigen Küstenlage unseres Landes weitere Exportmöglichkeiten für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern erschließen.
- im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der Europäischen Union den Weg der Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion und die damit verbundene stärkere Orientierung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Sozialen Marktwirtschaft konsequent weiter beschreiten.
- keine nationalen Sonderwege gehen, weil diese nicht in eine europäische Agrarpolitik passen und die heimische Landwirtschaft gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern benachteiligen.
- faire Chancen für Landwirte bei der Vermarktung ihrer regionalen Produkte fordern (z.B. durch Gemeinschaftsvermarktung von Milchprodukten), um bessere Verhandlungspositionen gegenüber den Lebensmittelkonzernen und Discountern zu erreichen.
- dafür sorgen, dass langfristig existenzfähige Betriebe, gleich welcher Rechtsform, nicht in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligt werden.
- ein Agrarstrukturgesetz, das in die Vertragsfreiheit zwischen Bodeneigentümern und Landwirten eingreift, ablehnen, weil sich Bodeneigentümer und die Landwirte, die ihre Flächen bewirtschaften, frei auf die Nutzung verständigen können müssen.
- einen Naturschutz mit den Landwirten, und nicht gegen sie, unterstützen, denn das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ muss weiter ausgebaut werden.
- die starke Inanspruchnahme landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichsflächen bei öffentlichen und privaten Planungsvorhaben reduzieren.
- uns für ein sachgerechtes und wirksames Biber-, Nandu- und Wolfsmanagement einsetzen, denn Schäden an Privateigentum, die durch die geschützten Arten entstehen, müssen ausgeglichen werden.
- weitere Anstrengungen in der Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützen.
- die Erforschung moderner, schneller Züchtungsmethoden (nichts anderes ist nämlich die „Grüne Gentechnik“) im Land weiter ermöglichen, weil wir die Chancen sehen, die sich daraus für das Land ergeben.
- uns für eine allgemeine Kennzeichnung aller Produkte einsetzen, die gentechnisch behandelte Inhaltsstoffe enthalten, um den Verbrauchern größtmögliche Transparenz zu ermöglichen.

FORSTWIRTSCHAFT STATT URWALD

Wir setzen uns für eine nachhaltige und effiziente Waldbewirtschaftung ein. Holz ist ein wichtiger nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff, die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Der Wald hat nicht nur als Lieferant des nachwachsenden Rohstoffs Holz eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Auch in seiner Schutz- und Erholungsfunktion erfüllt er wichtige Aufgaben für die Naherholung und den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freien Demokraten werden:

- Wettbewerbsnachteile für privatwirtschaftliche Betriebe gegenüber der Landesforstanstalt abbauen.
für die Gleichrangigkeit von Forst-, Jagd- und Naturschutzgesetzgebungen eintreten, damit Jäger ihrem Auftrag zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt nachkommen können.
die Initiative zur Waldvermehrung unterstützen, wenn kein Widerspruch zu einer anderweitigen Landnutzung vorliegt.
das funktionierende Jagdsystem erhalten, bei dem die Hauptverantwortung für die Wildbewirtschaftung bei den Jägern und Grundeigentümern liegt.
die Wiedereinführung der bürokratischen Jagdsteuer ablehnen.

FISCHEREI IST BRAUCHTUM, FREIZEIT UND WIRTSCHAFT

Historisch gewachsene Teichwirtschaften, die Fluss- und Seenfischerei, die Küstenfischerei und die Sportfischerei prägen unsere Landschaft und versorgen uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Der Rückgang und die Gefährdung der gewerblichen Fischerei muss verhindert werden, weil ansonsten Wissen, Brauchtum und ein Wirtschaftsfaktor verloren gehen. Ebenso muss die Sportfischerei, auch als Ausdruck von Naturverbundenheit, Freizeitgestaltung und Erholung, unterstützt werden.

Nach der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU steht in den kommenden Jahren die Umsetzung des Ziels einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände ganz oben auf der Agenda. Dadurch soll eine mittel- und langfristige Erholung sowohl der Bestände als auch der Fischerei als Wirtschaftszweig erreicht werden. Allerdings sollte diese Wende mit dem nötigen Augenmaß durchgeführt werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Fischer bei der Pflege und Sicherung der Bestände besser einbinden. Ziel sollten keine Verbote und strenge Reglementierungen sein, sondern ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten, das noch stärker regionale Besonderheiten und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt.
- die durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirtschaftlichere, modernere und nachhaltigere Fischerei fortführen und konsequent umsetzen ohne die kleinen und handwerklich betriebenen Fischereibetriebe aus den Augen zu lassen.
- den Aufbau von Aquakulturen stärken, um die steigende Nachfrage nach Fisch zu sichern. Die klassische Fischerei kann dies angesichts vieler überfischter Bestände nicht leisten.
- zur Schonung der Fischbestände und zum Erhalt der Artenvielfalt das Kormoranmanagement fortführen und auf wissenschaftlich fundierter Basis weiterentwickeln.

SELBSTBESTIMMTE VERBRAUCHER BRAUCHEN KEINE BELEHRUNGEN

Selbstbewusste Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern sind in der Lage, für sich selbst gute Entscheidungen zu treffen. Selbst in einer komplexer gewordenen Waren- und Dienstleistungswelt darf deshalb die Antwort der Politik auf Wissenslücken bei den Verbrauchern niemals Belehrung, Bevormundung oder eine Abkehr vom Grundrecht auf wirtschaftliche Selbstbestimmung sein. Ansätze, die im Dienste scheinbar höherer Zwecke gezielt auf Verhaltenssteuerung und Bevormundung setzen (z.B. „Veggie-Day“, Schweinefleisch-Pflicht), lehnen wir Freien Demokraten entschieden ab. Freiheit beinhaltet auch das Recht, mal etwas Ungesundes zu essen oder etwas Unvernünftiges zu tun. Stattdessen setzen wir auf sachkundige Aufklärung und Marktüberwachung.

Wirkungsvoller Verbraucherschutz ist nichts anderes als Wirtschaftspolitik für jedermann. Hier vereinen sich klassische Bürgerrechtstraditionen mit liberaler Ordnungspolitik. Gute Verbraucherpolitik macht die Verbraucher stark. Sie setzt sich für deren Rechte und eine bessere Rechtsdurchsetzung ein, wehrt Gefahren durch bessere Informationen ab und sorgt für mehr Transparenz bei gleichzeitig weniger Bürokratie.

Ob bei Lebensmitteln, im Internet, bei Gesundheitsleistungen oder Finanzprodukten - Verbraucher sind nicht zu dumm, um mit Waren- und Dienstleistungsangeboten oder neuen Technologien umzugehen. Wir trauen den Verbrauchern etwas zu, deshalb setzen wir auf eine Stärkung des Verbrauchers am Markt und nicht auf den Schutz der Verbraucher vor dem Markt.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Lebensmittelkontrolle weiter verbessern.
- den Ausbau des Verbraucherschutzes in Mecklenburg-Vorpommern vorantreiben, worunter insbesondere eine ausreichende, qualifizierte, personelle und materielle Ausstattung der staatlichen Untersuchungs- und Vollzugseinrichtungen zu verstehen ist.
- uns gegen Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel aussprechen.
- die Schlagkraft der Lebensmittelkontrollen in Mecklenburg-Vorpommern dadurch verbessern, dass vermehrt Analysetätigkeiten an private Labore vergeben werden können.

UMWELTSCHUTZ IST KEINE IDEOLOGIE

Umweltschutz ist Sache aller Bürgerinnen und Bürger. Gerade in unserem Land ist eine saubere Umwelt eine Voraussetzung für viele Arbeitsplätze in einer gesunden Tourismuswirtschaft. Auch die Landwirtschaft und die vielen Unternehmen der Ernährungswirtschaft leben von guten Böden und guten Umweltbedingungen, sowohl in Hinsicht auf die Qualität der Produkte als auch das Image unseres Landes als Herkunftsort gesunder, hochwertiger Lebensmittel. Verantwortliche und vorausschauende Umweltpolitik für Mecklenburg-Vorpommern muss dies immer im Auge behalte und darüber hinaus eine effiziente, kostengünstige und zukunftsorientierte Energie- und Trinkwasserversorgung ermöglichen.

Bei der Kreislaufwirtschaft und dem zukünftigen Flächenverbrauch kommt es darauf an, die Lebensinteressen der Menschen und politische Umweltschutzziele miteinander in Einklang zu bringen. Die vorsorgende Vermeidung von Umweltschäden muss Vorrang vor der nachsorgenden Beseitigung solcher Schäden haben.

Wir Freien Demokraten stehen zur Verantwortung für den Umwelt-, Ressourcen- und Naturschutz. Vernünftiger Umweltschutz muss realistisch, frei von ideologischen Übertreibungen und realisierbar sein. Echte Nachhaltigkeit kann dabei nur in europäischer und internationaler Kooperation erreicht werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Nutzung von Ökokonten unterstützen, um sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen zu erreichen.
- durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte mit der Land- und Forstwirtschaft die Kulturlandschaft pflegen und weiterentwickeln.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete insbesondere durch Vertragsnaturschutz mit den örtlichen Land- und Forstwirten sowie den Fischern und Jägern nachhaltig erhalten.
- uns für die ökologisch wertvolle Kulturlandschaft einsetzen.
- die weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene kritisch prüfen.

ABFALL VERMEIDEN UND VERWERTEN STATT NUR ZU BESEITIGEN

Wir Freien Demokraten treten für eine ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Kreislaufwirtschaftspolitik ein. Im Sinne der Ressourcenschonung und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollen Vermeidung und Verwertung eine höhere Priorität als die reine Abfall-Beseitigung haben.

Der erreichte technische Standard soll weiter ausgebaut werden und für weitere Verbesserungen und Kosteneinsparungen genutzt werden. Wir Freien Demokraten setzen uns für einen rechtlichen Rahmen ein, der Wettbewerb um die effizienteste und ökologischste Lösung ermöglicht. Im Interesse der Verbraucher und der Wirtschaft stehen wir für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft. Wir Freien Demokraten sehen es allerdings nicht als Tabu an, in den Kommunen über den Sinn der Biotonne zu diskutieren. Wo die Produktion von Kompost keine Vorteile mit sich bringt, sollte eine gemeinsame Entsorgung der Bioabfälle mit dem Hausmüll erfolgen dürfen. Im Mittelpunkt muss eine kostengünstige und sichere Entsorgung stehen.

Wir Freien Demokraten werden:

- Rahmenbedingungen im Abfallrecht und in der Kreislaufwirtschaft unterstützen, die die Mülltrennung vereinfachen und Haushalte entlasten.
- innovative Technologien zur maschinellen Mülltrennung unterstützen.
- uns für Wettbewerb um die besten Entsorgungslösungen einsetzen.

SCHUTZ DES TRINKWASSERS UND SCHUTZ VOR HOCHWASSER

Hochwasserschutz beginnt bei der Verlangsamung des Oberflächenabflusses durch Entsiegelung, Wiederaufforstungen von Brachflächen und schließt auch technische Hochwasserabwehrmaßnahmen ein, die örtlich begrenzt erforderlich werden können.

Das Prinzip, die vorhandenen Retentionsräume zu erhalten und zu pflegen, muss auch in Zukunft verfolgt werden. Zu prüfen sind erforderliche Erweiterungen.

Eine nachhaltige Sicherung unserer Wasserqualität ist nur dann möglich, wenn insbesondere das Grundwasser flächendeckend vor Verunreinigungen geschützt wird. Die Verantwortung und die Qualitätskontrolle für das Trinkwasser sind eine zentrale Kernaufgabe.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für die landesweite Fortsetzung der Hochwasserschutzprogramme einsetzen.
- dafür Sorge tragen, dass das Trinkwasser in der gewohnten besten Qualität und ausreichenden Menge in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden ist.

HAUSHALT UND FINANZEN

SOLIDE HAUSHALTPOLITIK FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN

Libérale Haushaltspolitik konzentriert sich auf den Altschuldenabbau, auf eine stringente Aufgabenkritik und die damit verbundene Ausgabensenkung sowie auf innovative Haushaltsführung mit zeitgemäßen Steuerungselementen.

Dank des Länderfinanzausgleichs profitierte Mecklenburg-Vorpommern in den vergangenen Jahren sehr von der Finanzstärke anderer Bundesländer. Nicht zuletzt gelang eine Konsolidierung auch, weil das Land sich bei der auskömmlichen Finanzierung der Kommunen zurückgezogen hat.

Der Solidarpakt der Bundesländer läuft 2019 aus und Mecklenburg-Vorpommern muss beweisen, dass es als Bundesland finanziell stabil bleiben kann.

Trotzdem wir heute einen ausgeglichenen Haushalt haben, wurden in früheren Jahren Schulden in Höhe von ca. 10 Mrd. EUR aufgetürmt. Nur durch Steuereinnahmen in historischer Rekordhöhe und einer anhaltenden Niedrigzinsphase werden die negativen Effekte dieser Schuldenbelastung aktuell überdeckt.

Durch den demographischen Wandel und den Bevölkerungsrückgang steigt die Pro-Kopf-Veranschuldung jedoch stetig an. Immer weniger Einwohner müssen eine gleich bleibende Schulden-summe tragen. Deshalb fühlen wir Freien Demokraten uns der Haushaltssanierung und dem Schuldenabbau besonders verpflichtet.

Wir wollen keine kurzfristig wirkenden Wahlgeschenke zu Lasten nachfolgender Generationen. Wir setzen auf nachhaltige Investitionen mit Selbsttragungseffekt und eine nachvollziehbare Finanz- und Haushaltspolitik des Landes.

Die Transparenz der Haushaltsführung und die Ehrlichkeit bezüglich der finanziellen Situation des Landes den Bürgern gegenüber ist Kernanliegen liberaler Haushaltspolitik. Wir Freien Demokraten sehen uns in der Haushaltspolitik des Landes als verantwortungsvolle Sachwalter der von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen des Landes erwirtschafteten Steuern, Gebühren und Beiträge. Für uns gilt ausnahmslos der Grundsatz, dass sich die Ausgaben des Landes nach den Einnahmen zu richten haben - und keinesfalls umgekehrt.

Uns ist bewusst, dass jede noch so gut gemeinte Wohltat zuallererst erwirtschaftet werden muss.

Wir Freien Demokraten wollen nachfolgenden Generationen freie Finanzspielräume hinterlassen und keine Schuldenberge.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass das Land die eigene hoheitliche Verantwortung klar zu den Aufgaben des Bundes und der Kommunen abgrenzt und sich auf seine Kernaufgaben beschränkt: Bildung und Wissenschaft, innere Sicherheit, Rechtswesen, rahmensetzende Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Umweltpolitik, Technologien und Infrastruktur.
- auf die strikte Einhaltung des Neuverschuldungsverbotes drängen und gegen Verstöße oder Aufweichungen vorgehen. Wir werden die Auslegung der geregelten Ausnahmen auch unter Anrufung des Landesverfassungsgerichtes kritisch hinterfragen.
- einen planmäßigen Altschuldenabbau einfordern, der nicht auf Steuererhöhungen setzt, sondern zunächst die notwendigen Konsolidierungsbeiträge des Landes selbst voraussetzt.
- uns für die Einführung einer Nachhaltigkeitsformel einsetzen, wonach konjunkturelle Mehreinnahmen nur noch für Bildung und nachhaltige Investitionen eingesetzt werden dürfen, ansonsten aber konsequent zum Tilgen der Altschulden eingesetzt werden müssen.

- eine transparente, leicht verständliche und nachvollziehbare Haushaltsdurchführung als Grundlage verantwortlichen Umgangs mit Steuergeldern einfordern.
- uns für eine Entflechtung der Finanzströme zwischen Bund und Land, der Länder untereinander und zwischen Land und den Kommunen einsetzen. Für den Steuerzahler muss nachvollziehbar bleiben, auf welcher Ebene und wofür seine Steuern und Beiträge vom Staat verwendet werden.
- uns auf stringente Haushaltsdisziplin verpflichten, die unbedingten Vorrang hat vor Haushaltsnachträgen und außerplanmäßigen Bewilligungen.
- uns für eine Verpflichtung zu Tragfähigkeitsanalysen vor Mittelverwendung stark machen.
- uns für eine nachvollziehbare Darstellung der finanziellen Folgewirkungen bei allen Landesgesetzen und Landesverordnungen auch für nachfolgende Generationen einsetzen.
- uns für die Einführung der Doppik in der Finanzrechnung des Landes einsetzen, damit im Landeshaushalt und den Nebenhaushalten der Ressourcenverbrauch nachvollziehbarer wird, damit das Vermögen, die verbrieften als auch unverbrieften Schulden und Bürgschaften realistisch abgebildet werden, damit Beteiligungen und wirtschaftliche Betätigungen des Landes in einem Konzernabschluss zusammengeführt werden können und ein klares Bild der Gesamtsituation des Landes abgegeben wird und damit das Land die gleiche Finanzrechnung durchführt wie die Kommunen, die vom Land seit 2012 dazu verpflichtet wurden, doppische Haushalte zu führen - denn die Argumentation, die bei Einführung für die Kommunen galt, gilt gleichermaßen für die Landesebene.

AUSGABENDISZIPLIN IM LANDESHAUSHALT

Der ordnungsgemäße Umgang mit Steuergeldern ist Grundvoraussetzung für eine solide Haushaltsführung und für eine generelle Akzeptanz des Steuerzahlers für Abgaben und Steuern. Die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dürfen nicht nur theoretisch gelten, sondern sie müssen faktisch durch effektive Sicherungsmechanismen unterlegt werden.

Von vielen Großprojekten verbleiben millionen- bis milliardenschwere Folgen einer intransparenten und falschen Kalkulation oder aufgrund von Amtsmissbrauch und Vergabefehlern.

Öffentliche Unternehmen kann es für die Freien Demokraten nur in eingeschränktem Maße geben und zwar nur dann, wenn kein privatwirtschaftliches Unternehmen dieselbe Aufgabe genauso gut und wirtschaftlich wahrnehmen kann.

Da es aber ungeachtet dieses liberalen Grundsatzes unzählige wirtschaftliche Betätigungen der öffentlichen Hand gibt, sind diese wenigstens effektiv zu kontrollieren, da sie oft Schattenhaus-halte abbilden und sich der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle entziehen.

Die Landeregierung in Mecklenburg-Vorpommern verschwendet alljährlich Steuergelder, weil durch Begünstigungen und Vorteilsnahmen oder durch Intransparenz Entscheidungen aufgrund falscher oder verfälschter Fakten getroffen werden.

Die gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfolgung von Untreue, Amtsmissbrauch, Vertuschung und Verschleierung sowie pflichtwidriger Gefährdung von öffentlichem Vermögen und Handeln ohne gesetzliche Grundlage sind ausreichend. Nicht ausreichend sind jedoch die Regeln, die dazu dienen, Investitionsentscheidungen, Förderungen, Bürgschaften und wirtschaftliche Beteiligungen für die Parlamente und die Öffentlichkeit transparent zu machen.

Daher ist für uns Freie Demokraten die Forderung nach Sicherungsmechanismen nur folgerichtig, um künftig Skandale in der Beteiligungsverwaltung, bei der Vergabe von Fördermitteln und Bürgschaftserklärungen sowie bei öffentlichen Großinvestitionen von vornherein zu verhindern.

Nachträgliche zeit- und kostenintensive Ermittlungen oder langjährige Rechtsstreitigkeiten bei entsprechenden Verfehlungen wollen wir nach Möglichkeit vermeiden. Die Freien Demokraten wollen stattdessen konstruktiv-kritisch bereits dort ansetzen, wo die Fehler durch Intransparenz, Amtsmissbrauch, Fehlsteuerung und Manipulation entstehen.

Für die Freien Demokraten ist es selbstverständlich, dass sich Politiker gesetzestreu ohne Tarnen, Tricksen und Täuschen an die Regeln halten. Über falsche politische Entscheidungen soll weiterhin letztlich der Wähler abstimmen und kein Strafrichter. Dies erfordert ein Höchstmaß an Transparenz und Rechenschaft, welches wir Freien Demokraten einfordern.

Die Sicherungsmechanismen sollen nicht zur Fessel für politische oder verwaltungsseitige Entscheidungsträger werden und nicht zur Lähmung in Entscheidungsprozessen führen. Politisches Ermessen muss straffrei bleiben.

Es hat jedoch unaufgefordert und von Anfang an Klarheit darüber zu bestehen, dass Amtsbefugnisse eingehalten werden, dass der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet wird, dass anvertrautes öffentliches Vermögen nicht pflichtwidrig gefährdet wird und dass das Parlament in alle Prozesse Einblick hat, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.

Wir Freien Demokraten werden:

- konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrolle und Kontrollierbarkeit von Großinvestitionen, Förderungen, Bürgschaften und Beteiligungen in den Landtag einbringen.
- mehr Transparenz bei Großprojekten und der Verwendung von öffentlichen Geldern im Rahmen von Förderungen, Bürgschaften sowie wirtschaftlichen Beteiligungen einfordern.
- in jedem Fall eine konsequente Aufklärung und Verfolgung von Pflichtverletzungen in der politischen und verwaltungsinternen Amtsausübung einfordern.
- auf die Einsetzung eines Wirtschaftlichkeitsbeirates drängen, der entweder beim Landesrechnungshof fest installiert wird, oder direkt aus der Wirtschaft gewonnen wird und nur dem Landtag gegenüber verantwortlich ist.
- die konsequente Umsetzung des Public Corporate Governance Kodex einfordern, der eine effektivere Kontrolle öffentlicher Unternehmen verlangt. Machtbündelungen bei Beteiligungen der öffentlichen Hand sind zu beseitigen.
- uns dafür einsetzen, dass Aufsichtsräte konsequent mit Fachleuten zu besetzen sind und nicht mit Politikern oder nach Parteibuch rekrutierten Verwaltungsspitzen, die nicht unabhängig agieren können.
- einfordern, dass das Vieraugenprinzip ausnahmslos in allen aus öffentlichen Geldern finanzierten Projekten Grundvoraussetzung ist.

ZIELGENAUE FÖRDERUNGEN STATT SUBVENTIONSDSCHUNDEL

Die Bindung von Haushaltsmitteln zugunsten Weniger sollte stärker eingeschränkt werden, da diese für die verbleibenden Kernaufgaben der öffentlichen Hand und einen ernsthaft betriebenen Strukturwandel dringend benötigt werden.

Liberaler Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf das notwendige Maß an Subventionierung, um den Eingriff in den Markt so gering wie möglich und so wirksam wie nötig zu halten. Dabei setzen wir Freien Demokraten auf mehr direkte Förderung als auf weitere Ausnahmen und Sondertatbestände im Steuerrecht oder anderen Rechtsgebieten. Eine direkte Förderung ist immer das wirksamste Mittel, lässt sich leichter auf ihre Wirkung überprüfen und kann unkompliziert auslaufen.

Subventionen sind nie Selbstzweck.

Fehlanreize und Mitnahmeeffekte in der Förderpolitik des Landes müssen daher vermieden werden. Unehrlische Analysen und in den Schubladen verschwindende Wirtschaftsgutachten müssen in der Förderpolitik des Landes ein für alle Male der Vergangenheit angehören. Die Förderung aus einer Hand, beschränkt auf wenige zulässige staatliche Interventionen in unserer Sozialen Marktwirtschaft, ist Markenkern liberaler Förderpolitik. Das Dickicht aus unzähligen Fördermitteln macht es gerade denjenigen unmöglich, Förderungen in Anspruch nehmen zu können, die besonders darauf angewiesen sind.

Wir Freien Demokraten werden:

- Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsanalysen eigener Förderprogramme, aber auch aller Bundes-/ EU-Programme einfordern, die vom Land mitfinanziert werden.
- einfordern, dass laufende Programme, deren Wirksamkeit oder Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen wird, auslaufen und beendet werden.
- uns ausschließlich auf Förderungen beschränken, die zu nachhaltiger Entlastung der Allgemeinheit führen.
- eine ständige Überprüfung und Überwachung des Förderziels einfordern.
- eine kompetente Förderung aus einer Hand befördern, indem ein Kompetenzzentrum geschaffen wird.
- bei Fehlförderungen dafür sorgen, dass Rückforderungen konsequent und umgehend ausgesprochen und Haftungsansprüche durchgesetzt werden.
- die Veröffentlichung eines aussagekräftigen Subventionsberichts einfordern, in dem die Empfänger, die Zielsetzung und das Ergebnis der Förderung transparent dargelegt werden.
- uns für mehr direkte Förderungen einsetzen, statt das Steuerrecht immer weiter mit Ausnahmen und Sondertatbeständen aufzublähen.

STEUERSYSTEME VEREINFACHEN UND GERECHT GESTALTEN

Steuern sind notwendig für die Gestaltung eines Staates und einer Gesellschaft. Die Besteuerung darf aber nicht dazu führen, dass Leistungsträger der Gesellschaft durch Umverteilung und vermeintliches Gerechtigkeitsempfinden in ihrer Leistungsfähigkeit immer stärker beeinträchtigt werden.

Durch höhere Steuerautonomie der Kommunen und der Länder wird die Verwendung von Steuergeldern deutlicher und transparenter. Komplizierte Finanzströme in den Bund-Länder-, Länder-Länder- und Bund-Länder-Gemeinden-Beziehungen sollten entflochten werden, um klare Verantwortlichkeiten und Kompetenzen zu schaffen. Die Akzeptanz für Abgaben und Steuern steigt mit der Transparenz der Mittelverwendung.

In Deutschland sind die Steuereinnahmen derzeit so hoch wie noch nie. Es gibt hinreichende Finanzspielräume für notwendige und umfassende Reformen. Dennoch werden nur noch von uns Freien Demokraten umfassende Reformen der Steuersysteme verfolgt.

Die FDP hält grundsätzlich an einer Reformierung des Einkommensteuerrechts fest. Wann, wenn nicht in Zeiten von Steuereinnahmen in Rekordhöhe kann eine Beseitigung tariflicher Ungerechtigkeiten wie der Kalten Progression oder die planmäßige Abschaffung des Solidaritätszuschlags gelingen?

Im Bereich der Umsatzsteuer setzt sich die FDP mittelfristig für eine Reform des Umsatzsteuersystems hinsichtlich der Ermäßigungs- und Befreiungstatbestände ein. Dabei ist lediglich der existenzielle Bedarf freizustellen oder zu ermäßigen, für alle anderen Leistungen ist der Steuersatz zu vereinheitlichen. Die Freien Demokraten sehen den Systemwechsel von der Soll- zur Ist-Besteuerung als geeignetes Mittel zur Beseitigung der Betrugsanfälligkeit der Umsatzsteuer an. Damit hätten Unternehmer zudem nicht die Umsatzsteuer für den Staat zu verauslagern, bis die Zahlung des Kunden einget, sondern müssten diese erst bei Zahlungseingang leisten.

Im internationalen Steuerrecht werden von global agierenden Konzernen die Steuerquoten auf Niedrigniveau gedrückt - dies zumeist mit legalen aber aggressiven Steuergestaltungsmodellen. Die Mittelstandsunternehmen und Kleinunternehmen vor Ort haben diese Möglichkeiten nicht, stehen aber im Wettbewerb mit den global agierenden Konzernen. Der freie und faire Wettbewerb sollte nicht durch Steuerdumping unterwandert werden.

Die Stabilität der Gemeindefinanzen ist stark konjunkturabhängig. Durch einen Wechsel zu einer stabilen Verteilung von Steuern und Abgaben wollen wir den Gemeinden wieder eine zuverlässige Finanzplanung ermöglichen. Gleichzeitig ist die Belastung einiger Weniger mit Gemeindesteuern durch eine Verbreiterung der Besteuerungspotenziale bei niedrigeren Tarifen zu ersetzen. Das schafft Steuergerechtigkeit vor Ort. Eine mittelfristige Reform des Einkommensteuerrechts dient der Vereinfachung und der Steuergerechtigkeit.

Deshalb wollen wir uns über Bundesratsinitiativen dafür stark machen, dass

- Steuertarife der Inflation angepasst werden, um Realeinkommensverluste zu vermeiden und die Kalte Progression als Griff des Staates in die Lohn- und Gehaltserhöhung der Bürger beseitigt wird,

- im gesamten Steuerrecht Freigrenzen und Freibeträge regelmäßig einer automatischen Inflationsanpassung unterliegen,
- der Belegsammelwut durch realitätsnahe Pauschalierungen entgegengewirkt wird,
- von Finanzbehörden mehr Verbindlichkeit und Rechtssicherheit ausgeht,
- die unzähligen Ausnahmetatbestände auf ihre Wirksamkeit überprüft und im Interesse des Abbaus der Steuerbürokratie reduziert werden,
- Familien durch Familienfreibeträge auch tatsächlich stärker entlastet werden,
- die Steuerbürokratie durch vereinfachte Formulare und vermehrt pauschalierende und abgeltende Instrumente abgebaut wird,
- der Solidaritätszuschlag bestimmungsgemäß planmäßig ausläuft, weil er schon heute nur noch zur Hälfte zweckgebunden eingesetzt wird,
- Bagatellsteuern abgeschafft oder aufkommensneutral durch praktikable Besteuerungsformen ersetzt werden.

Im Bereich der Unternehmenssteuern wollen wir uns über Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, dass

- mittelfristig die konjunkturanfällige Gewerbesteuer aufkommensneutral durch ein Hebesatzrecht der Gemeinden auf Ertragsteuern aus allen Einkunftsarten ersetzt wird,
- die reflexartige Hebesatzerhöhung von Gemeinden bei der Konsolidierung ihrer Haushalte vermieden wird, indem echte Konnexität konsequent gewährleistet wird,
- die ertragsunabhängigen Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer abgebaut werden, weil sie dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit widersprechen,
- jede Form von Substanzbesteuerung vermieden wird, um die Quellen der Einkünfte zu fördern und nicht zu beeinträchtigen,
- Unternehmensübergaben und -nachfolgen grundsätzlich steuerneutral vollzogen werden können,
- Verluste uneingeschränkt geltend gemacht werden können, wenn sie wirtschaftlich getragen werden,
- eine konsequentere Strategie gegen wettbewerbsbeeinträchtigende internationale Steuergestaltungen und gegen Wettbewerb durch Steuerhinterziehung verfolgt wird,
- die Umsatzsteuer durch weniger Befreiungen und Ermäßigungen vereinfacht und der Steuersatz vereinheitlicht wird,
- die Anwendung der umsatzsteuerlichen Ist-Besteuerung ausgeweitet wird,
- eine rechtsformneutrale Unternehmenssteuer eingeführt wird sowie
- Fremdfinanzierungen und Eigenfinanzierungen steuerlich adäquat behandelt werden, um höhere Anreize für Gewinnthesaurierungen und Rücklagen zur Sicherung vor Krisensituationen zu schaffen.

LANDESSTEUERN SIND KEINE UNERSCHÖPFLICHEN FINANZRESERVEN

Die landeseigenen Steuern Grunderwerbsteuer sowie Erbschaft- und Schenkungsteuer unterliegen bundeseinheitlichen Rahmengesetzen. Den eigenen Gestaltungsspielraum schöpft das Land bisher nur zu Lasten der Bürger und Unternehmen aus, die steuernde Wirkung der Landessteuern wird verkannt.

Mit der Möglichkeit, den Steuersatz der Grunderwerbsteuer auf Landesebene selbst bestimmen zu können, wurde dieser in Mecklenburg-Vorpommern auf 5% angehoben. Die Landesregierung hat damit eine erhebliche Verteuerung des Grundstückserwerbs herbeigeführt. Verantwortungsvoller Umgang mit der Steuerbelastung der Bewohner und Unternehmen des Landes sieht anders aus.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer muss nach einem Bundesverfassungsgerichtsurteil reformiert werden. Es ist Ausdruck verantwortungsvoller Steuerpolitik, diese Steuer nicht dazu zu verwenden, Unternehmen Substanz und Liquidität zu entziehen. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern stehen viele Unternehmensnachfolgen an, denn die Gründergeneration aus den frühen 1990er Jahren verlässt altersbedingt in vielen Unternehmen des Landes die Geschäftsführung. Daher muss es Verschonungsregeln für Vermögen geben, das in den zu übertragenden Betrieben für Fortbestand und Arbeitsplatzsicherung benötigt wird.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Absenkung des Steuersatzes bei der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % einfordern, um Familien und Investoren den Grunderwerb in Mecklenburg-Vorpommern zu erleichtern und nicht zu erschweren.
- uns über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Erbschaft- und Schenkungsteuer so ausgestaltet wird, dass sie im Interesse von Beschäftigungssicherung und Unternehmenserhalt mittelstandsfreundlich bleibt, indem Unternehmensnachfolgen ohne Eingriff in die Substanz oder Liquidität der Unternehmen erfolgen können.

FINANZSTABILITÄT AUCH NACH DEM SOLIDARPAKT

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für ein Bund-Länder-Finanzsystem ein, welches den Ländern eine eigene finanzielle Stabilität ermöglicht. Wir wollen ein föderales Finanzsystem, das an der regionalen Wertschöpfung anknüpft und Wachstumsanreize setzt, welches aber auch die Einkommensstärke der Einwohner an ihrem Wohnort berücksichtigt.

Investitionen in wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und eine gute Infrastrukturausstattung müssen daher in den Ländern und Regionen durch entsprechend zuzuordnende Steuereinnahmen getragen werden können. Gleichzeitig muss die notwendige Finanzierung der Infrastruktur auch in Auspendlerregionen ausreichend Berücksichtigung finden.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes hängt vor allem von der steuerlichen Eigenverantwortung und Autonomie ab, die wir Freien Demokraten stärken wollen. Nur dann liegt die Verantwortung über die Höhe der Ausgaben und der Einnahmen auf der gleichen Ebene, die dem Wähler und Steuerzahler Rechenschaft abzulegen hat.

Die Bundesländer verfügen über eine unterschiedliche Finanzkraft. Die Nivellierungswirkung des heutigen Länderfinanzausgleichs führt dazu, dass finanzstarke Bundesländer kaum Anreizwirkungen haben, da sie Mehreinnahmen teilen müssen. Finanzschwache Bundesländer hingegen haben ebenfalls kaum Anreize, weil sie dadurch Unterstützungsleistungen verlieren.

Daher kann der Finanzausgleich nicht allein unter den Bundesländern erfolgen. Die Funktion des Anreizes muss von der Funktion des Ausgleiches und Umverteilens entkoppelt werden.

Auch haben die Bundesländer unterschiedliche Sonderlasten zu tragen, zum Beispiel durch Strukturschwächen oder regionale Besonderheiten. Das im Grundgesetz verankerte Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, könnte bei Vorliegen derartiger Sonderlasten über einen von Bund und Ländern finanzierten Fonds mit fairen regionalen Wettbewerbsbedingungen verknüpft werden. Dieser darf Ausgaben nur für solche Maßnahmen leisten, die das Potenzialwachstum einer Region in begründeter und konkreter Erwartung dauerhaft ansteigen lassen.

Um vorbelastungsfrei ein neues Finanzausgleichssystem etablieren zu können, müssen die Alt schulden der Bundesländer zurückgeführt werden. Die Altschulden Mecklenburg-Vorpommerns von 10 Mrd. EUR werden aus eigener Kraft über mehrere Generationen hinweg nicht getilgt werden können.

Es entspricht dem liberalen Verantwortungsverständnis, dass die Bundesländer, die Schulden angehäuft haben, diese auch abbauen müssen. Es entspricht aber auch dem liberalen Solidaritätsverständnis, dass Schulden umzustrukturieren sind, wenn sie aus eigener Kraft nicht mehr zurückgeführt werden können.

Dies ist eine gesamtstaatliche Aufgabe - nicht zuletzt, um die Länderstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft erhalten zu können.

Um die finanzielle Leistungsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns auch nach Auslaufen des Solidarpaktes in 2019 sicherzustellen, werden wir Freien Demokraten uns dafür einsetzen, dass eine Föderalismuskommission III eingesetzt wird, die die folgenden Punkte in ihren Arbeitsauftrag aufnimmt:

- Ermöglichung eigener Hebesatzrechte der einzelnen Bundesländer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.
- Umstellung des Ausgleichs der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder von der horizontalen auf eine vertikale Verteilung zwischen Bund und Ländern. So wird eine klare Trennung von Wachstumsanreizen und Ausgleichsfunktionen erreicht.
- Finanzierung der Kosten für bundesweit bedeutende Infrastruktur, z.B. für Ausbau und Unterhalt der Hafeninfrastruktur sowie des Ausgleichs regionaler Sonderlasten in Folge von Strukturschwächen durch einen rein vertikalen Strukturfonds.
- einen Zerlegungsmaßstab für die Lohn- und Einkommensteuer, der vor allem den infrastrukturellen Belastungen der jeweiligen Bundesländer folgt.
- eine gesamtstaatliche Lösung des Schuldenproblems der Bundesländer, welche die Verursacher nicht völlig aus der Verantwortung entlässt.
- Einrichtung eines länderübergreifenden Altschuldenfonds unter Verwaltung des Bundes. Dabei übernimmt der Bund die bestehenden Zinsverpflichtungen der Länder, die sich im Rahmen eines verbindlichen Abbauplans zur Tilgung ihrer Verbindlichkeiten innerhalb eines angemessenen Zeitraums verpflichten.

STAAT UND VERWALTUNG, DIE ES DEN BÜRGERN EINFACH MACHEN

MODERNE UND BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Die Freien Demokraten stehen für einen modernen und bürgernahen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert sowie kompetent und effizient die Aufgaben im Interesse der Bürger wahrnimmt. Wichtigste Voraussetzungen dafür sind verständliche Regelungen, klare Zuständigkeiten sowie ein für die Bürger nachvollziehbarer Verwaltungsaufbau. Schritt für Schritt werden wir deshalb das Ziel einer bürgernahen und zukunftsfähigen Verwaltung auf dem Stand der Zeit verwirklichen und die Bürokratie auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren. Eine moderne Verwaltung arbeitet nach unserer Überzeugung mit Prozessoptimierung und Controlling, Zielvereinbarungen und wirksamen Steuerungsinstrumenten, um die Verwaltung schlank und dennoch effektiv zu organisieren.

Nicht alle Lebensbereiche müssen verwaltungsseitig reguliert werden. Wir Freien Demokraten wollen den Menschen ihren Freiraum lassen und setzen auf die Eigenverantwortung eines Jeden.

Eine moderne Verwaltung versteht sich als Dienstleister des Allgemeinwohls. Die Landesverwaltung braucht gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter, die für Anliegen der Bürger und Unternehmen qualifizierte Ansprechpartner sind. Die Nachwuchsgewinnung von Fachkräften für die Verwaltung des Landes muss durch ein aktiveres Werben, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Fort- und Weiterbildungsangebote, modernes Gesundheitsmanagement, Aufstiegschancen und durch die Vermittlung eines attraktiven Berufsbildes sichergestellt werden. Für die rechtsstaatliche Zuverlässigkeit ist das Berufsbeamtentum mit seiner strikten Bindung an Recht und Gesetz von zentraler Bedeutung. In allen Bereichen der hoheitlichen Staatstätigkeit ist das Berufsbeamtentum zu erhalten. Dies schließt jedoch Reformen des Beamtenrechts hinsichtlich Leistungsgerechtigkeit, Durchlässigkeit der Laufbahnen, Flexibilität und Zukunftsfähigkeit des bewährten Systems nicht aus.

Die technische Ausstattung der Verwaltung muss gerade in Zeiten von E-Government auf der Höhe der Zeit sein. Die Kommunikation des Bürgers und der Unternehmen mit der Verwaltung und umgekehrt muss so einfach wie möglich gehalten werden.

Das Land darf seine Verwaltungsstrukturen nicht ausschließlich auf die Bevölkerungsentwicklung ausrichten, sondern muss der Situation eines dünn besiedelten Flächenlandes und geografischen Besonderheiten Rechnung tragen. Die Landesverwaltung darf die Bürgernähe nicht vernachlässigen und muss sich gegebenenfalls neuer Strukturen bedienen, wie mobile Verwaltungen und Bürgersprechstunden vor Ort.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass erforderliche Verwaltungsstrukturen in der Fläche erhalten bleiben.
- moderne und flexible Strukturen wie mobile Verwaltung und bürgernahe Sprechstunden fordern, wenn feste Strukturen nicht aufrechterhalten werden können.
- uns für die Attraktivität der öffentlichen Verwaltung für Berufsanfänger einsetzen, da wir gut ausgebildete, kompetente und motivierte Fachkräfte zum Wohle der Bürger gewinnen wollen.
- eine amtsangemessene Besoldung bzw. Vergütung für die Verwaltungsbeschäftigten sicherstellen, die leistungsgerecht und motivierend ist.
- eine ständige Fortentwicklung der technischen Ausstattung der Landesverwaltungen einfordern, damit zeitnah, effizient und auf kurzem Wege alle Angelegenheiten im Interesse von Bürgern und Unternehmen erledigt werden können.

BÜRGERNAHE POLITIK UND MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wenn heute von Politikverdrossenheit die Rede ist, dürfen wir uns nicht damit abfinden. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz in der politischen Arbeit ein. Dazu gehört die Öffentlichkeit der Arbeit in den Ausschüssen des Landtags sowie der kommunalen Vertretungen. Fachpolitiker sollen nicht hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich beraten. Bisher tagen die Landtagsausschüsse nicht öffentlich. Nur in Ausnahmefällen ist die Öffentlichkeit dort zugelassen. Dieses Prinzip wollen wir umkehren und nur ausnahmsweise, bei schutzwürdigen Interessen Dritter, nichtöffentliche Ausschusssitzungen zulassen.

Wir Freien Demokraten trauen den Menschen zu, dass sie in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern direkt entscheiden können. Denn Demokratie kann sich nicht auf Wahlen beschränken, sondern muss direkt auch in der laufenden Wahlperiode Bedeutung haben. Die Verfahren für Bürgerbegehren und Volksentscheide sollten klar und transparent sein. Die Quoren sind auf ein repräsentatives Mindestmaß abzusenken, damit direkte Demokratie eine realistische Chance hat.

Abgeordnete haben verfassungsrechtlich legitimiert Anspruch auf eine angemessene und ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung. Die FDP setzt sich für mehr Transparenz und mehr Akzeptanz bei der Abgeordnetenentschädigung ein. Dazu gehört auch, dass Abgeordnete zukünftig selbst für ihre Altersversorgung entsprechende Beiträge aufbringen. Die Grundlagen dazu sollen in einer unabhängigen Kommission erarbeitet werden.

Um den Landeshaushalt zu entlasten, halten wir es für erforderlich, die Regelungen zum Übergangsgeld für Landtagsabgeordnete zu überarbeiten. Dieses sollte dem Stand anderer Bundesländer angepasst werden; hier sehen wir einen maximalen Zeitraum von 18 Monaten für völlig ausreichend an.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns einsetzen, dass die Quoren für Bürgerentscheide abgesenkt werden, um mehr direkte Demokratie zu ermöglichen.
- einfordern, dass Landtagsausschüsse mehr Öffentlichkeit und Transparenz zeigen, um den Bürgern die Landespolitik wieder näher zu bringen.
- eine Absenkung der Dauer von Übergangsgeldern für ausscheidende Landtagsabgeordnete fordern.
- eine Reform der Altersversorgung von Landtagsabgeordneten vorschlagen, damit mehr Transparenz und Eigenverantwortlichkeit hergestellt werden.

EFFEKTIVE JUSTIZ

Wir Freien Demokraten setzen uns für eine bürgernahe, leistungsfähige und unabhängige Justiz ein. Diese muss in der Lage sein, Konflikte gesetzestreu, zeitnah, effizient und effektiv zu lösen. Die Bürger haben einen Anspruch auf einen schnellen und effektiven Rechtsschutz.

Eine gut funktionierende und unabhängige Justiz stellt einen positiven Standortfaktor dar. Dabei sind Bürgernähe, kurze Verfahren, Effizienz, gute personelle und sachliche Ausstattung wichtigste Faktoren.

Die große Koalition hat in unserem Land die Gerichtsstrukturreform gegen breite Gruppen der Bevölkerung, der Richterschaft und der Rechtsanwälte durchgesetzt. Mit der Gerichtsstrukturreform sollte auf den vermeintlichen demographischen Wandel reagiert werden. Einmal mehr nahm die Landesregierung diesen Prozess als gegeben hin und wirkt ihm nicht entgegen. Es wird sich daher zeigen, ob die jetzigen Gerichtsstrukturen zukunftsfest sind. Wir Freien Demokraten werden die Ergebnisse der Reform in angemessenen Zeitabständen überprüfen und Fehlentwicklungen korrigieren.

Die FDP lehnt entschieden jede politische Einflussnahme auf Staatsanwaltschaften ab. Politisch motivierte Kriminalität von Links- und Rechtsextremisten, Kriminalität gegen Ausländer und solche durch Ausländer sind Herausforderungen, denen sich der Rechtsstaat mit der gebotenen Neutralität stellen muss.

Jugendkriminalität gilt es schnell und effektiv zu bekämpfen. Im Jugendstrafrecht sind frühzeitige und präventiv wirkende Maßnahmen besonders notwendig. Besonders für jugendliche Straftäter muss durch beschleunigte Verfahren verdeutlicht werden, dass die Justiz schnell und wirksam auf kriminelles Handeln reagiert.

Ziel aller Strafverfahren muss sein, dass die Urteile mit den Taten noch in einem zeitlichen Zusammenhang stehen, damit die Sanktion auch Wirksamkeit entfaltet. Ermittlungs- und Fahnungserfolge dürfen nicht an einer unzureichenden Besetzung oder Ausstattung von Staatsanwaltschaften oder Gerichten scheitern.

Die notwendigen gesetzlichen Instrumente sind vorhanden. Trotzdem vergehen in Strafverfahren immer wieder Monate bis zur Anklageerhebung und weitere bis zur Hauptverhandlung. Der Schlüssel für eine Verkürzung der Strafverfahren sind eine gründliche Ermittlungsarbeit und sachgerechte Abarbeitung durch die Strafverfolgungsbehörden. Beides ist personalintensiv. Zudem müssen diese Fachkräfte durch permanente Aus- und Weiterbildung und eine faire und leistungsgerechte Beförderungspraxis motiviert werden.

Der Opferschutz ist ein zentrales Anliegen im Rechtsstaat liberaler Prägung. Niemand darf als Opfer mit den Folgen einer Tat allein gelassen werden. Konkrete Hilfsangebote, auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern, müssen vorgehalten und koordiniert werden.

Die FDP lehnt jede Form von Selbst- oder Paralleljustiz ab. Der Einsatz von islamischen Friedensrichtern oder die Anwendung der Scharia haben keinen Raum in unserer liberalen Rechtsstaatlichkeit.

Wir Freien Demokraten werden:

- eine Evaluation der Personalschlüssel bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten im Zusammenhang mit den Ermittlungs- und Verfahrenszeiträumen einfordern und ggf. Korrekturen vornehmen.
- die Auswirkungen der Gerichtstrukturreform evaluieren und die Funktionsfähigkeit der Gerichte, Staatsanwaltschaften und des Justizvollzugs sicherstellen.
- uns für eine optimierte ambulante und stationäre Resozialisierung einsetzen.
- beschleunigte Verfahren im Jugendstrafrecht einfordern.
- für eine gute Aus- und Fortbildung der Fachkräfte und eine angemessene und leistungsgerechte Bezahlung sowie Beförderungs- und Aufstiegsperspektiven sorgen.
- uns im Sinne von Verfahrensbeschleunigung für einen Ausbau des digitalen Rechtsverkehrs einsetzen.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Die FDP steht für eine leistungsstarke Polizei, die als kompetenter Ansprechpartner und bürgerfreundlicher Dienstleister überall präsent ist. Damit nicht vereinbar ist der anhaltende Stellenabbau bei der Landespolizei. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, dessen Fläche eine spürbare Präsenz von Sicherheit und Ordnung verlangt, auch wenn in einigen Orten die Bevölkerung zurückgeht.

Viele Polizeibeamte können wegen der überbordenden Bürokratie in den internen Verwaltungsabläufen zu einem großen Teil ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr im erforderlichen Maß wahrnehmen.

Für uns Freie Demokraten sind eine hohe Präsenz auf der Straße und eine hohe Aufklärungsquote wichtiger als ein großer Verwaltungsapparat. Wenn von den ca. 5.800 Stellen bei der Polizei im Land ca. 5.000 auf den Polizeivollzug entfallen und davon nur ca. 2.000 als Streifenbeamte im Schichtdienst eingesetzt sind und der Rest auf Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei, Verwaltung und Führungsebene entfällt, entspricht dies nicht der Prioritätensetzung, die wir Freien Demokraten verfolgen.

Das zuständige Innenministerium hat mit seiner Personalpolitik über Jahre die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Seit 2004 wurden 500 Stellen abgebaut und die Einstiegsbesoldung von jungen gut ausgebildeten Polizeibeamten steht hinter anderen Bundesländern zurück.

Spätestens ab dem Jahr 2014 war absehbar, dass mit verstärkten Migrationsbewegungen auch nach Mecklenburg-Vorpommern zu rechnen ist. Trotzdem hat die Landesregierung unter der Großen Koalition kontinuierlich und in den bestehenden Mangel hinein Personalstellen bei der Polizei abgebaut. Diese Stellen können zeitnah nicht wieder aufgebaut werden, da Polizeibeamte erst ausgebildet werden müssen.

Eine Absage erteilen wir Freien Demokraten der Tendenz, den Bürger immer weiter auszuspähen, mit Kameras zu überwachen und anlasslos seine Daten zu sammeln. Der Sammelwut des Staates von nicht mehr beherrschbaren Datenmengen setzen wir Freien Demokraten ein Konzept gut ausgebildeter, bürgernaher und bestmöglich ausgestatteter Polizeibeamter entgegen.

Wir Freien Demokraten maßen uns nicht an, Einsatzpläne der Polizeibehörden im Einzelnen zu kritisieren. Allerdings kann wirksamer Eigentumsschutz vor wachsender Einbruchskriminalität weder vom Schreibtisch noch aus dem Streifenwagen heraus betrieben werden.

Die eingesetzten Polizeibeamten haben einen Anspruch auf eine bedarfsgerechte Ausrüstung, die vom Dienstherrn zu stellen ist. Es ist ein Unding, dass Schutzausrüstung teilweise aus eigenen Mitteln der Beamten beschafft werden muss.

Die amtsangemessene Besoldung hat der Bedeutung der Polizeiarbeit und der besonderen Belastung Rechnung zu tragen. Uns ist wichtig, dass neben den alltäglichen Anforderungen auch hinreichend Zeit für berufliche Qualifikation und praktische Schulungen bleibt. Fehleinsätze bzw. der unangemessene Einsatz von Schusswaffen können so vermieden werden. Ebenfalls wichtig ist in diesem Zusammenhang die psychosoziale Betreuung von Polizeibeamten.

Die FDP wendet sich als Rechtsstaatspartei ganz entschieden gegen die Entstehung rechtsfreier Räume, seien es „national befreite Zonen“, Strukturen der organisierten Kriminalität, Flüchtlingsunterkünfte oder solche im zeitlichen Zusammenhang mit Sportveranstaltungen. Die gesetzlichen Instrumentarien zur Verhinderung und Beseitigung derartiger Zustände sind vorhanden. Die Umsetzung ist Sache des Landesjustiz- und des Landesinnenministeriums.

Wir Freien Demokraten stehen für die tatsächliche statistische Erfassung und Benennung der Täterherkunft bzw. des jeweiligen politischen Spektrums, in dem der Täter zu verorten ist. Falsch verstandene Toleranz führt zu einer Aushöhlung unseres Rechtsstaates.

Wir Freien Demokraten werden:

- dafür Sorge tragen, dass die Polizei schnellstmöglich von sachfremden und zeitraubenden Verwaltungstätigkeiten entlastet wird, um mehr Freiraum für die eigentlichen Aufgaben im operativen Dienst zu schaffen und das Entstehen rechtsfreier Räume zu verhindern.
- uns einsetzen, dass Bürokratie abgebaut wird und notwendige interne Verwaltungstätigkeiten auch von zivilen Mitarbeitern erledigt werden können.
- uns für verhältnismäßige Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen der Polizei einsetzen. Regelmäßig ist das für den Betroffenen mildeste Mittel zu wählen und ist der Eingriff in die Rechte auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.
- uns grundsätzlich gegen Staats-Trojaner, Online-Durchsuchungen, Großen Lauschangriff oder Schleierfahndungen durch die Polizei aussprechen.
- einen anlassbezogenen Einsatz von sogenannten Body-Cams befürworten, der jedoch deutlich erkennbar sein muss.
- Plänen für eine flächendeckende Videoüberwachung auch weiterhin nicht zustimmen.
- uns einsetzen, dass die Polizei auf der Straße Dienst verrichten kann und nicht hinter Bildschirmen den Kontakt zu den Bürgern verliert.
- uns einsetzen, dass die Polizei modern und nach hohem Standard ausgerüstet wird, ohne selbst für die Ausrüstung aufkommen zu müssen. Dazu gehören auch interaktive Dienstfahrzeuge, in denen vor Ort die notwendigen Daten unbürokratisch erfasst und verarbeitet werden können.
- eine gute Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten gewährleisten und den Aus- und Fortbildungsstandort an der Fachhochschule in Güstrow stärken.
- uns für eine amtsangemessene Besoldung mit Chancen des leistungsgerechten Aufstiegs stark machen.
- den Polizeibeamten die freie Entscheidung lassen, ob Überstunden angemessen vergütet oder durch Freizeitausgleich abgegolten werden.
- die bisherige Praxis der Landesregierung beenden, die nach dem Vergütungssystem möglichen Leistungszulagen nicht zu zahlen.
- die Kosten des Landes für den Unterhalt von Hubschraubern hinterfragen, wenn Kooperationen mit Bundespolizei und anderen Landespolizeien möglich sind.
- die Einrichtung einer zentralen Stelle für Ordnungswidrigkeitsverfahren im Land verfolgen, um diese Aufgabe zu bündeln und Synergien zu schaffen.

- eine wirksame Bekämpfung neuer Phänomene in Internet- und Wirtschaftskriminalität durch speziellen Sachverstand einfordern.

EXTREMISMUSBEKÄMPFUNG UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Wir Freien Demokraten treten jeder Form des Extremismus entschieden entgegen, unabhängig davon, ob dieser nun politisch oder religiös motiviert ist.

Gefährliche Entwicklungen im politischen und religiösen Extremismus in Mecklenburg-Vorpommern müssen früh erkannt werden können, um unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen zu schützen.

Hierfür brauchen wir eine personell und infrastrukturell sehr gut ausgestattete Landesbehörde für Verfassungsschutz.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass Aufgaben und Handeln der Verfassungsschützer stets einer gewissenhaften demokratischen Kontrolle unterliegen.
- dafür Sorge tragen, dass der Einsatz von V-Leuten genau geregelt ist und der parlamentarischen Kontrolle unterliegt.
- uns einsetzen, dass Fehler in der Zusammenarbeit abgestellt werden, wie sie durch die Aufarbeitung der NSU-Vorgänge zutage traten.

DATENSCHUTZ UND RECHT AUF INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG

Die Gewährleistung des Datenschutzes ist in der Informationsgesellschaft wesentliches Element eines liberalen Rechtsstaates. Wir Freien Demokraten wollen, dass der Staat die Privatsphäre der Menschen achtet und setzen uns für den Schutz des Bürgerrechts auf informationelle Selbstbestimmung ein. Die Bürger sollen es selbst in der Hand haben, welche Informationen sie über sich preisgeben wollen.

In allen Landes- und Kommunalverwaltungen sind die Regelungen des Landesdatenschutzgesetzes konsequent anzuwenden und die Grundsätze von Datensparsamkeit und Datenvermeidung zwingend zu beachten. Es dürfen nur die personenbezogenen Daten erhoben und verarbeitet werden, die für die Aufgabenerfüllung der zuständigen Behörde erforderlich sind.

Regelmäßig sind unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung neue Überwachungsgesetze verabschiedet worden. Diese gehören fortlaufend auf den Prüfstand hinsichtlich Wirksamkeit, Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit. Insbesondere dort, wo Richtervorbehalte für Überwachungsmaßnahmen auf Landesebene abgeschafft wurden, sollen sie wieder eingeführt werden. Nicht taugliche Überwachungsbestimmungen sind im Zweifel für die Freiheit unserer Bürger ersatzlos aufzuheben.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns gegen jede Form unnötiger Erhebung, Speicherung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten einsetzen.
- alle Sicherheits- und Überwachungsgesetze regelmäßig auf Wirksamkeit und Erforderlichkeit prüfen.
- aufgehobene Richtervorbehalte für Überwachungsbestimmungen wieder einführen.
- uns kritisch mit der steigenden Anzahl von Kontodatenabrufen auseinandersetzen.
- eine Beschränkung der Überwachung der Telekommunikation auf das notwendige Maß verfolgen.
- uns gegen Geschwindigkeitsüberwachungen per Abschnittskontrolle (Section Control) und gegen anlasslose automatisierte Kennzeichenerfassungen aussprechen.
- die Wahl des Datenschutzbeauftragten durch den Landtag insbesondere von einer fachlichen Qualifikation des Bewerbers abhängig machen.
- auch Unternehmen stärker die Möglichkeit einräumen, sich über den Landesdatenschutzbeauftragten über Datenschutzverstöße zu beschweren.

INFORMATIONSFREIHEIT ALS MITTEL DER DEMOKRATISCHEN KONTROLLE STÄRKEN

Es ist für die FDP eine Selbstverständlichkeit, dass jeder im Rahmen seiner persönlichen Betroffenheit Akteneinsicht in behördliche Vorgänge erhalten muss. Ausnahmen kann es nur in engem Umfang bei vorrangiger Schutzwürdigkeit Dritter geben.

Die FDP fordert ebenso, wie die Informationsfreiheitsbeauftragten der Länder, die Verträge zwischen Staat und Unternehmen grundsätzlich offen zu legen. Der Staat wirtschaftet mit dem Geld der Bürger. Er hat kein Recht, dies nicht öffentlich zu tun.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass Bürgern und Unternehmen weitgehende Informationsfreiheit gewährt wird, soweit nicht schutzwürdige Rechte Dritter betroffen sind.
- einfordern, dass das Land mehr Transparenz hinsichtlich der Verträge zwischen Land und anderen Vertragspartnern zeigt, damit die Verwendung öffentlicher Gelder einer demokratischen Überprüfung offen steht.

HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN DER MIGRATIONSPOLITIK

Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen. In einem Flächenland der Zukunft ist für uns Freie Demokraten Vielfalt Normalität. Egal woher Menschen zu uns kommen, welchen Hintergrund sie haben, sie können unsere Gesellschaft gerade angesichts des demografischen Wandels bereichern.

Migration kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nach den Regeln unseres Rechtsstaates erfolgt. In Sachen innerer Liberalität und Toleranz kann es für niemanden Rabatt geben. Die Werte des Grundgesetzes sind nicht verhandelbar. Sie garantieren u.a. die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die Religionsfreiheit aller. Eine Toleranz der Intoleranz werden wir Freien Demokraten nicht üben.

Wir Freien Demokraten sehen in dem berechtigten Anspruch eines jeden Menschen auf freie Entfaltung auch den Anspruch auf Migration begründet. Es entspricht unserem Weltbild, dass jeder in der Gestaltung seines persönlichen Lebensweges sich auch seinen Lebensort bei Wahrung der jeweiligen Gesetze frei wählen kann. Um die damit einhergehenden Herausforderungen bewältigen zu können, setzen wir Freien Demokraten uns für ein Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln für die Einwanderung nach Deutschland ein. Dieses sollte den Grundzügen folgen, dass jeder, der sich durch die eigenständige Sicherung seines Lebensunterhaltes selbst versorgen kann, auch die Möglichkeit zur Einwanderung erhält. Kriegsflüchtlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen und die Kriterien des Einwanderungsgesetzes erfüllen, können auf dieser Grundlage in Deutschland bleiben.

Wir Freien Demokraten bekennen uns zur humanitären Verpflichtung, wenn Menschen Schutz bei uns suchen. Nach unserer Vorstellung sichert ein gemeinsames Asylrecht in ganz Europa eine geordnete Flüchtlingspolitik ohne Überforderung einzelner Staaten.

Wir Freien Demokraten gewähren denjenigen Schutz, die aufgrund eines individuellen Asylgrunds nach Deutschland kommen oder verfolgt sind im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Eine befristete Aufenthaltserlaubnis sollen weiterhin diejenigen erhalten, die nicht abgeschoben werden dürfen wegen Krankheit oder die subsidiären Schutz genießen, weil ihnen beispielsweise Todesstrafe oder Folter drohen.

Daneben setzen wir uns für temporäre Bleiberechte und Duldungen für Menschen aus Kriegsgebieten ein, um ihnen auch ohne individuellen Asylanspruch einen entsprechenden Schutz zu bieten. Mit diesen temporären Rechten sollte die Erlaubnis zur Arbeit bzw. Ausbildung verbunden sein, um auch diesen Menschen für die Dauer ihres Aufenthaltes in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Möglichst schnell und in gestrafften Verfahren wollen wir Freien Demokraten Migranten ohne Bleibeperspektive in ihre Heimat zurückführen. Das Vollzugsdefizit bei der Rückführung muss beseitigt werden. Gleiches gilt für anerkannte Asylsuchende, deren Asylgrund weggefallen ist.

Wir Freien Demokraten werden:

- im Rahmen von Bundesratsinitiativen für ein Einwanderungsgesetz eintreten, das Arbeitsmigration erlaubt, wenn die Voraussetzungen einer dauerhaften Bleibeperspektive aufgrund des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt erfüllt sind.
- uns einsetzen, dass die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt wird.
- uns auf der Grundlage von Recht und Gesetz zur humanitären Verpflichtung bekennen, wenn Menschen Schutz in unserem Land suchen.
- uns für eine Reform des Asylrechts einsetzen, das Kriegsflüchtlingen ein schnelles und unbürokratisches Bleiberecht für die Dauer des Krieges einräumt, auch ohne den bislang erforderlichen Beschluss der Europäischen Union.
- den Bund in die finanzielle Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland nehmen. Auf Bundesebene werden die Regeln für Einwanderung und Flüchtlingsschutz normiert, also ist die Aufgabe vom Bund zu finanzieren.
- in Erfüllung der Aufgabe des Landes für ausreichend Plätze in zentralen Aufnahmeeinrichtungen sorgen.
- uns einsetzen, dass die Asylverfahren in der Regel bereits in diesen Einrichtungen abgeschlossen werden und Menschen ohne Bleibeperspektive gar nicht erst in die Kommunen verteilt werden.
- die Kommunen dabei unterstützen, anerkannte Asylbewerber vor Ort in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

- für ein breites Angebot kostenloser und verpflichtender Sprach- und Integrationskurse eintreten.
- Kindern mit Sprachdefiziten durch eine möglichst frühe Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen helfen.
- in unseren Schulen das Thema Flüchtlinge und Migration zum Unterrichtsgegenstand machen.
- junge Flüchtlinge dazu ermutigen, eine Ausbildung zu absolvieren - dabei dürfen sie nicht während ihrer Erstausbildung und zwei Jahre nach erfolgreichem Abschluss und Arbeitsaufnahme von Abschiebung bedroht sein.
- für eine Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen für Flüchtlinge eintreten, wonach Zeitarbeit als Einstiegsmöglichkeit für Flüchtlinge geöffnet wird.

KOMMUNEN ALS FUNDAMENT UND RÜCKGRAT DES LANDES

Für uns Freie Demokraten sind die Kommunen das entscheidende Abbild für ein Flächenland der Zukunft. Das Lebensgefühl vor Ort in einem Flächenland, welches noch weit hinter seinen Chancen zurückliegt, ist entscheidend für die Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, arbeiten sowie würdevoll und selbstbestimmt altern wollen.

Daher muss die kommunale Verwaltung als wichtigster Berührungspunkt zu den Bürgerinnen und Bürgern auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sein und nicht auf erdachte Strukturen höherer Ebenen.

Wir Freien Demokraten treten hinsichtlich der Kompetenzen im Staatsaufbau für eine konsequente Subsidiarität ein. Das heißt, dass Kommunen die Aufgaben erledigen sollen, die am besten vor Ort durch Gemeinde- und Stadtvertretungen sowie Kreistage entschieden werden können.

Grundsätzlich soll jede Aufgabe dort erledigt werden, wo die tatsächliche Verantwortung liegt und nicht in Mehrfachstrukturen zergliedert werden.

Durch die Landkreisneuordnung wurden 2011 riesige Landkreise geschaffen, oft gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Interessen der betroffenen Kreise und kreisfreien Städte. Anstelle einer Funktionalreform mit einer tiefgreifenden Aufgabenkritik innerhalb der kommunalen Ebenen wurden Strukturen im Land geschaffen, die einen Verlust an Identität und demokratischer Vertretung in den großflächigen Landkreisen bedeuteten.

Für uns Freie Demokraten können auch auf kommunaler Ebene der Rückzug aus der Fläche und die Zusammenführung zu Großstrukturen nicht die einzige Antwort auf die demografische Entwicklung sein. Für uns ist zunächst funktional zu beschreiben, was auf welcher Ebene vor Ort oder in größeren Einheiten geleistet und entschieden werden kann. Danach richten sich die Strukturen und deren Finanzierung.

Dabei gibt es kein Festhalten an Bestehendem, sondern die Funktionalität einer effizienten kommunalen Verwaltung gibt vor, welche Aufgabe auf welcher Stufe anzubinden ist.

Für ihre Aufgaben benötigt die kommunale Ebene ausreichende Finanzspielräume. Übertragene Aufgaben des Bundes oder des Landes sind auskömmlich zu finanzieren. Die Konnexität ist unbedingt einzuhalten. Diejenige Ebene, die eine Aufgabe bestellt, ist für die Finanzierung deren Umsetzung auch verantwortlich.

Hierfür ist eine Entflechtung der Finanzströme zwischen Land und Kommunen und der Kommunen untereinander unabdingbar. Die Umverteilung vom Land an Kommunen und von Kommunen untereinander muss transparent und leicht nachvollziehbar sein. Sie darf keinesfalls zum Selbstzweck werden.

Teil dieser Entflechtung ist auch eine Abkehr vom süßen Gift der Subventionen. Viele Bundes- und Landesprogramme setzen Fehlanreize und die erforderlichen Kofinanzierungen der Kommunen werden immer häufiger durch Kreditaufnahmen erbracht. Diese haben sich mittlerweile zu einem alarmierenden Schuldenberg angehäuft.

Die Sparanstrengungen von Bund und Land haben dazu geführt, dass einigen Kommunen jede eigenständige finanzielle Handlungsfähigkeit entzogen wurde. In anderen Fällen hat eine zu großzügig genehmigende Kommunalaufsicht die Verschuldungssituation in vielen Kommunen mit zu verantworten.

Den Kommunen muss neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben auch ein Sockelbetrag verbleiben für freiwillige Leistungen, welcher entsprechend der Größe der Kommune angemessen ist.

Von dem notwendigen Mindestmaß an freiwilligen Leistungen geht eine identitätsstiftende Idee aus, die das Leben in der Kommune lebenswert macht, damit Vereine, Begegnungsstätten, Pflege von Parkanlagen, Einrichtung und Unterhaltung von Spiel- und Sportplätzen, Badestellen auch in finanzschwachen Zeiten planungssicher finanziert werden können sowie die Dörfer und Städte nicht veröden.

Über das Mindestmaß an freiwilligen Leistungen hinausgehende finanzielle Freiräume kann die Kommune nur durch eigene Finanzquellen erreichen. Hier muss Verantwortlichkeit für den kommunalen Haushalt direkt mit der politischen Verantwortung für Steuerhebesätze, Gebühren und Beiträge verknüpft bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sollten an der Prioritätensetzung direkter beteiligt werden.

Wir Freien Demokraten sehen eine Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes als zwingend notwendig an, nach der die Kommunen nicht mehr als Bittsteller des Landes auftreten müssen, sondern aus finanzieller Selbstverständlichkeit die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung auch tatsächlich leben können.

Eine fortlaufende Kreditinanspruchnahme bei ständig wachsenden Verschuldungen und dauerhafter Inanspruchnahme von Kassenkrediten entspricht keiner nachhaltigen Haushaltspolitik und belastet nachfolgende Generationen, denen jeder Handlungsspielraum in der Kommune der Zukunft entzogen wird.

Viele Kommunen betätigen sich direkt oder über Gesellschaften und Beteiligungen wirtschaftlich. Oft ist die wirtschaftliche Betätigung davon getragen, dass die Kommune als der bessere Unternehmer verstanden wird. Die Risiken und Nachteile bilden sich vielerorts als hohe Verluste für die kommunalen Haushalte ab.

Durch Rückgriff auf den aus Steuern, Gebühren und Beiträgen gespeisten kommunalen Haushalt verdrängen immer mehr kommunale Unternehmen Handwerker, Gewerbetreibende und Dienstleister vor Ort. Diese müssen anders kalkulieren und tragen umgekehrt dazu bei, dass die Steuern und Beiträge zum Haushalt erst einmal erwirtschaftet werden.

Daher ist für uns Freie Demokraten bei der Zulassung wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen und bei der Rekommunalisierung von Aufgaben Augenmaß geboten.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass das Subsidiaritätsprinzip zum Schutz der kommunalen Selbstverwaltung konsequent umgesetzt wird.
- sicherstellen, dass eine schlanke und effiziente kommunale Verwaltung auch unter Einsatz mobiler Dienste für alle Bürger erreichbar bleibt und bürgernahe Dienste erbringt.
- eine Neudefinition des kommunalen Aufgabenkatalogs einfordern, der die Kompetenzen der verschiedenen Staatsebenen entflechtet und Doppelstrukturen beseitigt.
- eine aufgabengerechte Finanzierung der kommunalen Ebene unter strikter Anwendung des Konnexitätsprinzips einfordern.
- uns einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die mit Steuern und Beiträgen die kommunalen Haushalte speisen, mehr direktes Mitspracherecht bei der Prioritätensetzung erhalten, beispielsweise durch Bürgerhaushalte.
- die Festlegung eines angemessenen Mindestumfangs an freiwilligen Leistungen der Kommune im Finanzausgleichsgesetz anstreben.

- stärker auf die Berücksichtigung der infrastrukturellen Bedürfnisse des ländlichen Raumes bei der Finanzausstattung sowie auf direkte Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum drängen und Fehlanreize durch unübersichtliche Bundes- und Landesprogramme einschränken, die oft hohe Folgekosten für die Kommunen bedeuten.
- uns dafür einsetzen, dass Neuverschuldungsverbote nicht nur auf Bundes- und Landesebene sondern auch für die kommunale Ebene umgesetzt werden, da andernfalls der Druck aus den Schuldenbremsen von Bund und Land auf die Kommunen weitergegeben wird.
- eine stringenter Kommunalaufsicht einfordern, die nicht erst dann aktiv wird, wenn die Kommune in der Schuldenfalle sitzt, sondern vorab beratend tätig wird und Auswege aus der fehlenden finanziellen Leistungsfähigkeit aufzeigt.
- uns dafür einsetzen, dass Kommunen sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn kein privatwirtschaftliches Unternehmen die gleiche Leistung am Markt genauso gut erbringt.
- uns gegen jede Form von wettbewerbswidriger wirtschaftlicher Betätigung von Kommunen aussprechen, die Handwerk, Gewerbe, Handel und Dienstleister vom Markt verdrängt.
- dafür eintreten, dass Aufsichtsgremien für wirtschaftlich tätige kommunale Unternehmen nach Fachkompetenz besetzt werden und nicht nach Verwaltungsamt oder Parteizugehörigkeit und ein entsprechender Qualifikationsnachweis vorzuliegen hat.

DAS LEBEN FREI UND SELBSTBESTIMMT FÜHREN!

EINE MODERNE FAMILIE, CHANCEN-, GESCHLECHTER- UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Für uns Freie Demokraten ist die Familie die wichtigste Grundfeste in unserer Gesellschaft. Unter Familie verstehen wir jede Form von Partnerschaft zwischen Menschen. Nicht das Geschlecht, das Alter, der soziale Status oder die sexuelle Orientierung sind für uns dabei maßgebend. Eines unserer zentralen Anliegen ist eine echte Chancengleichheit für Frauen und Männer. Erwerbsleben und Familie müssen vereinbarer werden. Hierfür kann es keine allgemeingültigen Modelle oder staatliche Vorgaben geben. Vielmehr sollten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer individuell abstimmen.

Moderne Familienpolitik muss die vielfältige Realität familiären Zusammenlebens berücksichtigen. Denn insbesondere Kinder, ältere und kranke Menschen brauchen die familiäre Geborgenheit. Einen Schutz, der nur dann entstehen kann, wenn Patchworkfamilien, Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften sich auf vorurteilsfreie Rahmenbedingungen verlassen können. Wahlfreiheit und Eigenverantwortung sind hier die wichtigsten Schlagworte. Nicht eine Behörde, sondern nur die Familie selbst kann und soll darüber entscheiden, was für sie am besten ist. Das gilt bei der Wahl des Kitaplatzes genauso, wie bei der Unterbringung und Versorgung des pflegebedürftigen Angehörigen.

Wir Freien Demokraten unterstützen aktiv die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und kämpfen gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und gegen homophobe Gewalt gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender sowie intersexuelle Mitmenschen.

Wir wollen eine faire Gesellschaft, die private Bindungen wie die Familie und insbesondere Kinder schützt, die Solidarität mit Schwächeren fördert und Menschen mit Behinderungen in ihren Entfaltungsmöglichkeiten stärkt. Dafür brauchen wir keinen Wohlfahrtsstaat, der Sozialleistungen in einem bürokratischen Geflecht unterschiedlichster Kostenträger versickern lässt. Unser Verständnis von Sozialpolitik orientiert sich an den Grundsätzen „Hilfe zur Selbsthilfe“, „Fördern und Fordern“ und „ambulant vor stationär“. Menschen, die durch Schicksalsschläge oder Krankheit in Notlagen geraten, wollen wir dabei helfen, schnellstmöglich wieder für sich selbst und auch für andere, insbesondere die eigene Familie, sorgen zu können. Nur ein selbstbestimmtes Leben ist auch ein menschenwürdiges Leben.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für ein modernes Familienbild einsetzen, damit Frauen und Männer unabhängiger von traditionellen Wertvorstellungen selbstbestimmt ihre Rolle im Erwerbs- wie Familienleben finden können.
- die Wahlfreiheit bei sozialen Dienstleistungen verbessern, um das Selbstbestimmungsrecht von Familien gegenüber der Fremdsteuerung sozialstaatlicher Kostenträger zu stärken.
- alle familienbezogenen Dienstleistungen hinsichtlich ihrer Verständlichkeit prüfen und bürokratische Barrieren reduzieren.
- uns für ein Zusammenleben in Stadt und Land einsetzen, so dass alle Aspekte des Lebens in menschlicher Gemeinschaft erlebbar bleiben.
- Projekte zur Toleranzförderung und Gewaltprävention an Schulen und in Jugendeinrichtungen sowie den Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und gleichgeschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern fördern.

- bei unseren Städtepartnerschaften, insbesondere mit Städten in Ost- und Südosteuropa, die Menschen- und Bürgerrechte aller, und damit auch homosexueller, Bürger aktiv unterstützen.
- uns dafür einsetzen, dass alle Paare die zivile Ehe eingehen können und dass das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften vorangetrieben wird.
- der Vielfalt auch im politischen Raum mehr Aufmerksamkeit schenken indem wir die bisherigen Strukturen von Frauen-, Senioren-, Kinder-, und Behindertenbeauftragten sowie anderen Beauftragten, die Minderheitsrechte durchsetzen wollen, in einen breiteren Ansatz von Diversity-Management umgestalten.

UNSERE KINDER VERDIENEN ALLEN SCHUTZ UND RESPEKT

Die Erziehung und Betreuung von Kindern sind zugleich Recht und Pflicht der Eltern. Wir Freien Demokraten wollen den Familien den Freiraum schaffen, um die Entwicklung ihres Kindes eigenverantwortlich organisieren und leisten zu können. Dort, wo Eltern ihrer Pflicht nicht gerecht werden bzw. nicht gerecht werden können, sehen wir die Gemeinschaft in der Pflicht. Mit nötigem Respekt und Sensibilität sollten Eltern die entsprechende Unterstützung bei ihrem Erziehungs- und Fürsorgeauftrag erfahren.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für eine bessere Vernetzung von Jugendämtern, Polizei und Kinderärzten einsetzen, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen.
- insbesondere haupt- und ehrenamtliches Engagement stärken, das dem Kinderschutz bzw. der Elternbildung dient, indem wir uns für deren Professionalisierung durch Qualifizierungsangebote stark machen.
- uns für flächendeckende Fortbildungsveranstaltungen aller am Kindeswohl beteiligten Akteure, also zum Beispiel Kinderärzten, Familienhebammen, Erziehern und Lehrern sowie Mitarbeiter der freien und öffentlichen Jugendhilfe einsetzen.

VIELFALT, AKTIVITÄT UND SELBSTBESTIMMTHEIT IN ALLEN LEBENSLAGEN

Ältere Menschen stehen heute mitten im Leben. Sie sind mobiler, engagierter und selbstbewusster. Wer das Rentenalter erreicht, setzt sich oftmals nicht zur Ruhe, sondern verortet sich weiter als aktiver Teil des familiären wie gesellschaftlichen Miteinanders. Dies gilt in gleicher Weise für Menschen mit Behinderung oder einer Erkrankung. Das Alter, die Gesundheit aber auch die sexuelle Identität stellen im Menschenbild der Freien Demokraten keine Hürden dar. Wir fühlen uns ganz der Inklusion und Vielfältigkeit verpflichtet, die jedem Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe einräumen. Die Arbeitswelt wie auch der Bildungs- und Freizeitbereich bieten heute vielfältige Chancen, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die meisten älteren und kranken Menschen wollen zuhause im familiären Umfeld gepflegt werden. Auch viele Erwachsene mit schweren Behinderungen leben lange im Elternhaus und werden von ihren Angehörigen betreut und gepflegt. Viele Familien sind durch die langjährige Sorge um ihre Kinder mit Behinderungen stark belastet. Daher benötigen insbesondere diese Familien verlässliche Begleitung und Entlastung. Um dem Wunsch nach einer ambulanten Betreuung gerecht zu werden, braucht es weniger Bürokratie, mehr Pflegefachkräfte und einen fairen Markt für soziale Dienstleistungen.

Gleichwohl es verschiedenste Angebote unterschiedlichster Träger gibt, fehlt es an einem echten Wettbewerb zwischen den Leistungserbringern. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Hilfe für ältere, pflegebedürftige und kranke Menschen dadurch viel zu kompliziert und intransparent. Dies führt im Ergebnis zu weniger Wahlfreiheit und steigenden Sozialausgaben insbesondere für die Kommunen.

Wir Freien Demokraten werden:

- die Infrastruktur im öffentlichen Leben hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit und des Bedürfnisses nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilen.
- die Angebote für Menschen, unabhängig vom familiären Status und der sexuellen Orientierung in der dritten und vierten Lebensphase, insbesondere im Hinblick auf Wohn- und Betreuungsformen, weiterentwickeln und institutionell verankern.
- uns für eine kostenfreie, qualitativ wertigere und weiterhin spezialisierte (Pflege-) Ausbildung und für mehr Männer, Zuwanderer und Quereinsteiger in Gesundheits- und Sozialberufen stark machen.
- die Vereinheitlichung der Kontrolle, mehr Transparenz und Vergleichbarkeit sowie eine Besserung der Schulung der Prüfinstanzen vorantreiben.

- uns gegen die Einführung einer Pflegekammer in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, weil dies noch mehr Personal hin zum Schreibtisch und weg von der Pflege der Patienten schiebt.
- die institutionelle Förderung gemeinnütziger Träger dahingehend überprüfen, dass ausschließlich diejenigen Geschäftsbereiche eine Subventionierung erfahren, die nicht in wirtschaftlicher Konkurrenz zu Leistungsanbietern in privater Trägerschaft stehen.
- uns für eine Novellierung der Kommunalverfassung einsetzen, um unternehmerisches Handeln von Kommunen bei Service- oder Pflegedienstleistungen zum Nachteil privater Träger einzuschränken.
- einen besseren Rechtsschutz für hilfebedürftige Menschen wie Leistungserbringer fordern, damit Aufsichtsbehörden und Sozialgerichtsbarkeit bei streitigen Vertrags- und Vergütungsverhandlungen sowie vertragswidrigen oder rechtsirrigem Verhalten von Kostenträgern verbindliche und vor allem schnellere Hilfe anbieten.
- Städte, Gemeinden und Landkreise ermuntern, mit entsprechenden Anreizstrukturen Rahmenbedingungen zu schaffen, die es dem pflegebedürftigen oder älteren Menschen ermöglichen, selbstbestimmt und frei über seine Wohn- bzw. Versorgungssituation zu entscheiden.
- die Entscheidungsfähigkeit hilfebedürftiger Menschen durch gezielte Beratungsangebote stärken, um die „Fremdsteuerung“ etwa durch Kranken- und Pflegekassen in stationäre Versorgungsformen zu erschweren.
- die (Wieder-)Einführung eines Tages für Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankungen im Landtag befördern.

WAS GESUND IST, BESTIMMT NICHT DIE POLITIK!

FÜR EIN ZUKUNTSFESTES GESUNDHEITSWESEN

Wettbewerb und gute medizinische Versorgung gehören für uns zwingend zusammen. Der Patient und die Verbesserung seiner Versorgung stehen dabei im Mittelpunkt. Für ein gutes Gesundheitswesen sind bessere Arbeitsbedingungen für das ärztliche wie pflegerische Personal zwingend erforderlich. Eine Kultur des Misstrauens und damit stetig wachsende bürokratische Vorschriften sind hier fehl am Platz.

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist der mündige Patient, die freie Arzt- und Krankenhauswahl, die flächendeckende Versorgung mit qualitativ hochwertigen pflegerischen und gesundheitlichen Dienstleistungen. Mehr denn je braucht es zudem eine Wende von einem kurativen hin zu einem präventiven Ansatz.

Insbesondere im Bereich von Suchterkrankungen sind Prävention und Hilfe für Betroffene von besonderer Bedeutung. Beides wollen wir forcieren. Wir erkennen auch, dass die Prohibition weicher Drogen unverhältnismäßig und gescheitert ist. Wir wollen den Menschen das Recht auf Selbstbestimmung beim Konsumieren von Cannabis zurückgeben. Mithilfe legaler Vertriebsmöglichkeiten wollen wir die Menschen aus der Illegalität holen, dem Schwarzmarkt den Hahn zudrehen und den von Sucht Betroffenen Hilfe anbieten, ohne sie zu kriminalisieren.

Die größten Herausforderungen in unserem Land sind eine Bevölkerung, die älter und pflegebedürftiger wird, und der sich fortsetzende Mangel an Ärzten im ländlichen Raum. Der Gesundheitsbereich eröffnet aber auch zahlreiche Chancen. Gesundheitsdienstleitungen sind eine Zukunftsbranche mit großem Entwicklungs- und Wachstumspotenzial.

Wir Freien Demokraten werden

- zur Freiberuflichkeit als Leitbild der ambulanten Gesundheitsversorgung stehen.
- uns für familienfreundliche Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen einsetzen.
- uns für sektorenübergreifende Konzepte zwischen ambulanter und stationärer Versorgung einsetzen.
- die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen für die Prävention besser nutzen, um die bestehenden Strukturen und Programme der Präventionsarbeit zusammenzuführen.
- die wohnortnahe, qualitativ hochwertige Arzneimittelversorgung durch die selbständigen, inhabergeführten Apotheken stärken.
- die Heilpraktiker als Teil der Alternativ- und Komplementärmedizin anerkennen.
- weiche Drogen wie Cannabis entkriminalisieren und legale, kontrollierte Wege des Erwerbs schaffen, um so Suchterkrankten besser helfen zu können, die Prävention zu verbessern und Freiheit und Selbstbestimmung zu stärken.

LIEBE UND NICHT GELD DARF ÜBER KINDERWUNSCH ENTSCHIEDEN

Immer mehr Frauen werden ungewollt schwanger, weil sie sich Verhütungsmittel nicht leisten können. Die Folgen einer Abtreibung aufgrund einer ungewollten Schwangerschaft, sind für die Frauen und die Gesellschaft erheblich schwerwiegender, als die Kostenübernahme für Verhütungsmittel.

Auf der anderen Seite gibt es viele Paare mit unerfülltem Kinderwunsch, die individuelle Beratung brauchen.

Die Diagnose einer unheilbaren Krankheit des Kindes ist für Eltern und Geschwister eine unvorstellbare emotionale Belastung. Hier ist mehr Hilfe nötig.

Wir Freien Demokraten werden

- die landesweite Umsetzung des Modellprojektes „Verhütungsmittel für finanzschwache Frauen“ vorantreiben.
- mit einem Landesprogramm die Familien unterstützen, deren Kinderwunsch wegen gesundheitlicher Einschränkungen unerfüllt bleibt.
- gemeinsam mit den Beteiligten die bestehenden Hospiz- und Palliativangebote in unserem Land weiterentwickeln, damit Familien mit schwerstkranken Kindern nicht auf sich allein gestellt sind.

„JA“ ZUM NIEDERGELASSENEN ARZT

Die Bekämpfung des Ärztemangels im ländlichen Raum ist für uns eine der Hauptaufgaben der Gesundheitspolitik. Zur langfristigen Stärkung und Sicherung der wohnortnahen ambulanten Versorgung brauchen wir ein Konzept zur Erleichterung von Praxisgründungen. Gerade für den ambulanten Sektor, insbesondere in der hausärztlichen Versorgung, sind Anreize unabdingbar, um die sich abzeichnende Unterversorgung abzuwenden.

Wir Freien Demokraten werden

- in Zusammenarbeit mit den Kammern, der Kassenärztlichen Vereinigung, den ärztlichen Verbänden und den Kommunen Strategien zur Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land und in der Stadt entwickeln und umsetzen.
- die niedergelassenen Ärzte von unnötiger Bürokratie entlasten sowie den Erhalt und die Neueröffnung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen fördern.
- die Übergabe von Arztpraxen durch Bürgschaftsprogramme gezielt unterstützen.
- Landeskinder beim Medizinstudium und der Facharztausbildung mit dem Aufbau eines Stipendiensystems fördern.
- die Aus- und Weiterbildung im geriatrischen, geronto-psychiatrischen und palliativmedizinischen Bereich fördern, um den Ausbau von Einrichtungen in diesen Fachrichtungen zu unterstützen.

SICHERUNG DER KRANKENHAUSLANDSCHAFT

Die Standorte der Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern müssen erhalten bleiben. Umstrukturierungen der Einrichtungen zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit können nur gemeinsam mit den Krankenhausträgern stattfinden. Wir Freien Demokraten wollen eine Krankenhausplanung und Krankenhausinvestitionsförderung, die folgende Ziel verfolgt: Qualitätsorientierung, Wettbewerb, Trägervielfalt, Transparenz, Wahlfreiheit der Patienten sowie Versorgungssicherheit. Das Denken in Strukturen und Sektoren wollen wir gemeinsam mit den beteiligten Akteuren überwinden. Bei der Investitionsförderung des Landes müssen die Förderkriterien transparent und nachvollziehbar sein. Das ist Voraussetzung für einen fairen trägerübergreifenden Wettbewerb.

Mecklenburg-Vorpommerns Krankenhauslandschaft braucht vor allem für den ländlichen Raum sektorenübergreifende Versorgungskonzepte. Es wird darum gehen, welche Angebote es wo in welcher Qualität bei welcher Förderung mindestens geben soll. Eine besondere Berücksichtigung der demographisch bedingten Veränderung bei der Nachfrage medizinischer Dienstleistungen ist hierbei zwingend.

Im Ergebnis kann nur ein ganzheitlicher Ansatz, der die Belange der Notfallversorgung, des Rettungsdienstes, der haus- und fachärztlichen Versorgung und der Universitätsmedizin berücksichtigt, zukunftsweisend sein. Die Digitalisierung schafft zudem die Voraussetzungen für den erweiterten Einsatz telemedizinischer Möglichkeiten im Gesundheitswesen.

Multi-Resistente-Erreger sind ein ernstzunehmendes Problem, das die Gesundheitsversorgung massiv belastet. Unser Land hat mit dem Bundesprojekt HICARE medizinische Erkenntnisse gewonnen, die es nun am Ende der 5-jährigen Projekt- und Forschungsphase in die Praxis umsetzen kann und muss.

Wir Freien Demokraten werden:

- eine Reform der Krankenhausfinanzierung und -planung mit Umstellung auf eine Rahmenplanung sowie den Ausbau individueller Vertragsgestaltung der Krankenhäuser unterstützen.
- eine unabhängige wissenschaftliche Datenbasis zur Versorgungssituation einfordern.
- die Beteiligung der Menschen vor Ort bei Standortentscheidung verbessern.
- uns für eine Krankenhausfinanzierung einsetzen, die sicherstellt, dass Krankenhäuser medizinisch und wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können.

- die palliativmedizinische Versorgungsstruktur durch die Einrichtung von speziellen Palliativstationen in Krankenhäusern und die Förderung weiterer ambulanter und stationärer Hospizangebote unter Berücksichtigung bestehender Angebote weiterentwickeln.
- einen chancengleichen Wettbewerb zwischen den Krankenhausträgern bei der Vergabe von staatlichen Investitionsmitteln fordern.
- den verstärkten Einsatz telemedizinischer Behandlungen fördern, indem wir die Hoheit der ärztlichen Entscheidung bei einer Fernbehandlung sicherstellen.
- die Einführung landesweit verbindlicher und einheitlicher Standards in der Krankenhaushygiene gemeinsam mit den Beteiligten diskutieren.

LEBENSWERTES UND ERLEBENSWERTES LAND DER CHANCEN

SPORT STÄRKT EIGENINITIATIVE, GEMEINSINN UND FAIRNESS

Sport ist ein wichtiger Teil im Leben der Menschen in unserem Land und ein zentraler Bereich für ehrenamtliches Engagement. Dazu kommt der Beitrag zur Gesundheit der Bevölkerung. Der Breitensport, gelebt in den vielen Vereinen, ist das Rückgrat des Sports in unserem Land. Die Erfahrungen im Teamsport fördern bei Kindern und Jugendlichen zudem die Übernahme von Eigenverantwortung. Die Gewinnung von Mitgliedern, die neben der Schule, dem Studium oder Beruf bereit sind, ehrenamtlich Verantwortung in einem Verein zu übernehmen, wird durch die demografische Entwicklung und die vielfältigen weiteren Freizeitangebote künftig eine immer größere Herausforderung darstellen. Gemessen an der geringen Einwohnerzahl hat unser Bundesland durch seine Leistungszentren einen hohen Anteil weltweit bekannter Spitzensportler. Sie sind Aushängeschilder unseres Landes und haben eine große Vorbildfunktion.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, die Vielfalt an Sportangeboten trotz der demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern beizubehalten.
- die Leistungsfähigkeit von Sportvereinen stärken, indem wir das ehrenamtliche Engagement wertschätzen und befördern.
- die Leistungszentren des Spitzensports erhalten und uns für verlässliche Rahmenbedingungen der Sportfinanzierung einsetzen.
- die Chancen sportlicher Großveranstaltungen für unser Land nutzen und aktiv vorantreiben.

- sicherstellen, dass bereits in der Vorschulerziehung, in Kindergärten und Kindertagesstätten gezielte Bewegungsförderung stattfindet.
- Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich Sportvereine und Schulen hinsichtlich ihrer Angebote zum Wohle der Kinder optimal abstimmen können und ihnen bessere Möglichkeiten für Sport am Nachmittag geben.

DAS EHRENAMT ALS FUNDAMENT EINER FREIEN BÜRGERGESELLSCHAFT

Eine freie und selbstbestimmte Bürgergesellschaft lebt von der Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürger.

Wir Freien Demokraten setzen bewusst auf das bürgerschaftliche Engagement und auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir trauen den Bürgern zu, dass sie selbst Initiative ergreifen, wenn ehrenamtliche Strukturen erforderlich sind. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass Defizite bei der Wahrnehmung von staatlicher Verantwortung kompetent und mit viel Engagement der Bürger kompensiert werden kann.

Der Einsatz der ehrenamtlich Aktiven in Mecklenburg-Vorpommern ist unverzichtbar.

Wir Freien Demokraten werden:

- uns für optimale Rahmenbedingungen einsetzen, die ein ehrenamtliches Engagement vereinfachen und nicht erschweren.
- immer daran erinnern, wie hoch der Wert des Ehrenamtes ist und wie wichtig eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz und der Respekt der Gesellschaft gegenüber ehrenamtlich Tätigen sind.
- anregen, dass ehrenamtlich Tätigen ein angemessener Versicherungsschutz für den Rahmen ihrer Ehrenamtsausübung geboten wird.
- bürokratische Hürden, wie komplizierte Vorschriften, überzogene Verwendungsnachweise und schwer verständliche Antragsunterlagen abbauen.
- uns für eine fachliche Fortbildung der ehrenamtlich Tätigen stark machen.
- Haftungsbeschränkungen anregen für ehrenamtliche Vorstände von Vereinen, soweit keine grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verstöße vorliegen.
- eine Anerkennung und ggf. Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten von Schülern, Berufsschülern und Studierenden als außerschulische Lernleistung oder als Ersatz von Grundfertigkeitseminaren unterstützen.

KUNST UND KULTUR SIND FREI UND SOLLEN ES AUCH BLEIBEN!

Wir Freien Demokraten werden immer die Freiheit von Kunst und Kultur verteidigen. Wir setzen uns für ein Klima der Offenheit und Toleranz ein, weil wir wissen, dass nur in diesem Klima Kreativität möglich ist. Mögliche Grenzen der Freiheit setzt unser Grundgesetz. Die Würde aller Menschen zu verteidigen, achtsam mit deren individuellen Eigenschaften umzugehen, Empathie und Sensibilität und Respekt vor der Lebensleistung der anderen zu entwickeln – diese Voraussetzungen für eine intakte Gesellschaft und ihre Kultur zu schaffen, das leisten die verschiedenen Künste.

Kultur ist das, was menschliches Zusammenleben erst ermöglicht. Insofern unterscheiden wir uns deutlich von konservativen Auffassungen. Wir sagen: Kultur ist alles, was uns die Natur nicht gegeben hat, was wir erlernen bzw. erarbeiten müssen. Das beginnt mit unserer Sprache, mit unserem Wohnumfeld, das wir uns schaffen müssen und endet schließlich mit den gesellschaftlich-politischen Strukturen und dem verantwortungsvollen Umgang mit unserer Kulturlandschaft. Freie Demokraten sagen: mit Kultur, zur Zivilisation freier Bürger, zur Bürgergesellschaft!

Kulturpolitik ist wichtig für die Identifikation mit unserem Bundesland. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern, das durch Krieg und Diktatur in den letzten 100 Jahren so viele Kulturbrüche durchleiden musste, verstehen wir es als eine kulturpolitische Aufgabe das Land für Einheimische, Zuwanderer, Touristen und Investoren noch attraktiver zu machen. Mecklenburg-Vorpommern ist ein zusammenhängender Kulturraum. Unsere heutige Landschaft ist eine Kulturlandschaft. Das, was wir an dieser Landschaft als so schön und einmalig empfinden und was die Touristen in unser Land lockt, ist die Symbiose von Natur und Kultur. Mecklenburg-Vorpommern ist ein großer zusammenhängender Kulturpark, der sich durch seine vielfältigen Einflüsse durch die Land-, Forst- und Fischwirtschaft, die Geschichte der Hanse und des Feudalismus, die Kirche und die Industrialisierung auszeichnet.

Wir Freien Demokraten werden:

- das Schaffen eines kreativen „Kulturökosystems“ und einer Gründerszene in den Kommunen vorantreiben, indem wir Fördervereine und Stiftungen sowie eine lebendige Bürgergesellschaft mit engagierten, ortsansässigen Unternehmern, Handwerkern, Freiberuflern und Künstlern unterstützen.
- vier Kulturtrassen zur Bündelung, Vernetzung und besseren Vermarktung aller Kulturangebote initiieren:
 - Mecklenburg-Schwerin: Wismar, Schwerin, Ludwigslust;
 - Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan, Rostock, Schwaan, Güstrow;

- Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz, Neubrandenburg, Hohenzieritz, Mirow, Waren;
 - Vorpommern: Barth/ Putbus auf Rügen, Stralsund, Greifswald, Anklam, Pasewalk.
- eine Initiative „Kultur ist Bildung“ starten, denn Museen, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser oder Archive und das Filmzentrum dienen nicht nur der Aufbewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes, sondern sind ebenso entscheidende Lernorte.
 - uns für den Bau eines Archäologischen Landesmuseums einsetzen, damit endlich die reichen archäologischen Schätze unseres Landes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.
 - die Umstellung auf eine leistungsbezogene, dynamische Förderung aller Kulturinstitutionen befürworten, wobei staatliche, öffentlich-rechtliche, kommunale und private Anbieter gleichberechtigt zu behandeln sind.
 - alle Formen nichtstaatlicher Finanzierung kultureller Projekte durch professionelle Beratung, z.B. Fundraising, Crowdfunding, Stiftungen, Mäzene unterstützen.
 - das Bauen im Bestand auch auf so genannten devastierten Flächen oder im Fall von unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden befürworten.
 - die Pflege des Niederdeutschen fördern.
 - die Mehrsprachigkeit an unseren Schulen und Universitäten unterstützen, sofern diese keine Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Sprachen zur Folge hat.
 - uns für die Stärkung der Hochschule für Musik und Theater in Rostock, des Fachbereichs Gestaltung an der Hochschule Wismar und des Kunstinstituts an der Universität Greifswald einsetzen, weil auch in Zukunft junge Künstler, Designer, Musiker oder Schauspieler, Musik- und Kunstlehrer in unserem Land ausgebildet werden sollen.

MEDIEN LEBEN VON VIELFALT UND NICHT VON POLITISCHER EINFLUSSNAHME

Unsere Demokratie lebt von freier Meinungsbildung. Die Medien selbst als auch ihre Nutzung unterliegen einem fortlaufenden Wandel. Insbesondere die Bedeutung der digitalen Medien hat stark zugenommen. Viele Menschen informieren, bilden und unterhalten sich ausschließlich über Online- Portale, Blogs und Foren, Instream, E-Books und E-Papers sowie Social Media.

Wir Freien Demokraten stehen der fortschreitenden Digitalisierung der Medien offen gegenüber. Unsere Medienpolitik folgt dem Grundsatz: Freiheit und Vielfalt. Wir unterstützen deshalb in gleicher Weise alle Anbieter und stehen für einen fairen Wettbewerb aller am Markt beteiligten Medien. Staatlich finanzierte Medien sehen wir in der besonderen Verantwortung nicht nur transparent und sparsam mit Beiträgen umzugehen; sie haben zugleich auf qualitativ hochwertige Inhalte zu achten, die völlig frei von politischer Einflussnahme sind.

Die enormen gesellschaftlichen und individuellen Chancen der neuen Medien sind zu begrüßen. Sie sind fester Teil des Alltags geworden. Was früher auf dem Schulhof stattfand, ereignet sich heute in diversen Chats. Jugendmedienschutz wollen wir daher nicht als Bevormundung Jugendlicher oder pauschale Verurteilung verstanden wissen. Vielmehr ist die Kompetenz von Erwachsenen und Jugendlichen gleichermaßen im Umgang mit den verschiedenen Medienformen durch Bildung und klare Regeln zu stärken.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich grundsätzlich zu einer Reform der Rundfunkgebühren.

Wir Freien Demokraten werden:

- einen fairen Wettbewerb zwischen den öffentlich-rechtlichen und privaten Medien fördern.
- uns für Vielfalt, Qualität und Unabhängigkeit der Produktion und Nutzung von Medien einsetzen.
- die Arbeit der Journalisten vor staatlicher Einflussnahme und Überwachung schützen.
- für ein freies Internet ohne politisch motivierte Zensur streiten.
- uns für die Förderung der Medienkompetenz in der Kinder- und Erwachsenenbildung stark machen.
- von den öffentlich-rechtlichen Medien umfassende Barrierefreiheit im vielfältigen Angebot einfordern, z.B. eine umfassende optionale Untertitelung oder Übersetzung in Gebärdensprache.

MECKLENBURG-VORPOMMERN: IM UND VON HERZEN EUROPÄISCH

Mecklenburg-Vorpommern liegt mitten in Europa. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist für die FDP von elementarer Bedeutung um das von uns angestrebte lebendige, dezentrale und bürgernahe Europa zu verwirklichen. Wir wollen den Austausch auf regionaler und kommunaler Ebene forcieren.

Vorpommern etwa hat in den vergangenen Jahren deutlich vom Zusammenrücken mit der Woiwodschaft Westpommern profitiert. Besonders deutlich wird das in so erfolgreichen Projekten wie der immer intensiveren Zusammenarbeit des Universitätsklinikums Greifswald mit seiner Partnereinrichtung in Szczecin oder den gedeihlichen Kooperationen innerhalb der Kommunalgemeinschaft Pomerania. Vor allem aber profitieren Gemeinden im nahezu vergessenen Winkel rund um Pasewalk vom Zuzug von Polen.

Sie tragen dazu bei, aussterbenden Gemeinden wieder Leben einzuhauchen; zudem entsteht Bedarf nach modernisierter Infrastruktur, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen können.

Vor allem Kinder und Jugendliche lernen im Miteinander der Kulturen voneinander, etwa in zweisprachigen Schulen oder Betreuungseinrichtungen. Das wiederum ist eine hervorragende Vorbereitung für noch größere interkulturelle Herausforderungen, die wechselseitig jedem Einzelnen ein hohes Maß an Akzeptanz abverlangen.

Sprachkenntnisse sind der erste Schlüssel zu fremden Kulturen und erleichtern ungemein die Wahrnehmung des Rechts auf Freizügigkeit innerhalb der EU sowie den Umgang mit fremden Kulturen.

Städtepartnerschaften und ein regelmäßiger Austausch mit anderen Kulturen müssen gepflegt werden, den Rahmen kann das Land Mecklenburg-Vorpommern stellen.

Dies hilft auch im Zusammenhang mit dem anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen, allgemeine Berührungssängste gegenüber anderen Kulturen abbauen. Gelder dafür sind ausreichend vorhanden, werden aber weitgehend nicht zweckentsprechend genutzt.

Übergreifende Ziele wie Ver- und Entsorgung, Tourismus, Küsten- und Naturschutz, Katastrophenschutz müssen in den Fokus der Landespolitik gerückt werden, da viele dieser Ziele nur gemeinsam erreicht werden können.

Im Studium ist eine internationale Ausrichtung heute normal, bei der Berufsausbildung oft noch nicht. Die Freien Demokraten plädieren für eine freiwillige Ergänzung der Berufsausbildung durch eine fachbezogene Auslandsausbildung von mindestens einem Jahr in möglichst allen Berufsbildern als Austauschprogramm mit anderen Ländern des Ostseeraumes.

Das Erlernen der Sprache unserer Nachbarn, das Erfahren der kulturellen Besonderheiten und der Austausch von Personen, Ideen, Können und Wissen eröffnet Chancen sowohl für bessere Berufsperspektiven für den Einzelnen als auch für die Gewinnung von Fachkräften aus dem ganzen Ostseeraum. Eine solche Zusatzausbildung fördert Offenheit und Toleranz und eröffnet eine bessere Verflechtung mit den Märkten unserer Nachbarn.

Der Ostseeraum ist für die Freien Demokraten Mecklenburg-Vorpommern der Wirtschaftsraum der Zukunft. Ihn weiterzuentwickeln, stärkt die Wirtschaftskraft unseres Landes. Im Zusammenspiel aller Ostseerainer lassen sich etwa zukunftssträchtige Perspektiven für die maritime Wirtschaft entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern muss aufgrund seiner zentralen Lage im Ostseeraum im transeuropäischen Verkehrsnetz stärker berücksichtigt werden. Unsere Unternehmen, Arbeitnehmer und Kommunen müssen von den Verkehrsströmen der Zukunft profitieren.

Wir Freien Demokraten wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern seine Stimme und seine Interessen in der Europäischen Union stärker zur Geltung bringt. Wir wollen deshalb das Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel stärken.

Wir Freien Demokraten werden:

- den Ausbau des Sprachunterrichts an den Schulen des Landes und ggf. eine entsprechende Anwerbung von Lehrkräften fördern.
- die Regularien zur Anerkennung nicht-deutscher Abschlüsse in Mecklenburg-Vorpommern auf den Prüfstand stellen, denn selbst EU-Bürger haben große Probleme bei der Jobsuche in unserem Bundesland.
- den Ausbau von Städtepartnerschaften und anderen bestehenden Kontakten zwischen Kommunen befördern, insbesondere auf dem Feld des Schüleraustauschs.
- uns für den Ausbau von Einrichtungen einsetzen, die Informationen über die politischen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge in Europa vermitteln.
- grenzüberschreitende Kooperationen anregen, wie gemeinsame Zweckverbände etwa bei der Müll- und Abwasserentsorgung, Schulen und Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft, gemeinsame Tourismus- und Naturschutzprojekte oder grenzüberschreitenden Katastrophenschutz.
- uns dafür einsetzen, dass das Informationsbüro Mecklenburg-Vorpommerns in Brüssel zu einer Ständigen Vertretung mit weitreichenderen Kompetenzen aufgewertet wird.
- uns dafür einsetzen, dass die Verträge der EU für alle Länder gleichermaßen gelten.

STICHWORTVERZEICHNIS

A

Abfall.....	40
Adoptionsrecht.....	67
Agrarpolitik.....	34, 36
Agrarstrukturgesetz.....	36
Ältere Menschen.....	6, 66, 68f.
Ambulante Versorgung.....	55, 66, 68, 70f., 73
Anschubfinanzierung.....	17
Aquakultur.....	38
Arbeit.....	16, 24f., 27, 30f., 52, 61f., 68
Arbeitnehmer.....	6, 23, 65, 79
Arbeitsplätze.....	16, 20f., 24, 26, 31f., 39, 49, 78
Arbeitsstättenverordnung.....	20
Arzneimittelversorgung.....	70
Ärzte.....	27, 67, 69ff.
Ausgleichsmaßnahmen.....	40
Ausgründungen.....	26
Austauschprogramme.....	78
autonomes Fahren.....	30

B

Barrierefreiheit.....	68, 77
Bau.....	16, 21, 28f., 31, 76
Behinderung.....	6, 66, 68f.
Berichtspflichten.....	21
Berufliche Bildung.....	11f.
Beschäftigung.....	5, 19, 24f., 31, 49
Beteiligungsgesetz.....	33
Biotechnik.....	22
Bisexuelle,.....	66
Breitband.....	8, 27f.
Bürgerbeteiligung.....	21, 53
Bürgergesellschaft.....	8, 74f.
Bürokratie.....	6, 10, 20f., 38, 48, 51, 55, 57, 68, 71

C

Cannabis.....	70
Chancengleichheit.....	35, 65

D

Datenschutz.....	28, 58f.
Dienstleister.....	6, 16, 27, 52, 55, 64f.
Digitalisierung.....	8, 27f., 72, 76
Diversity-Management.....	67
Drogen.....	70

E

Ehe.....	67
Ehrenamt.....	5f., 23f., 67, 73f.
Eigentum.....	16f., 35f., 56
Eigenverantwortung.....	11f., 50, 52, 66, 73f.
Einzelhandel.....	17, 32
Energie.....	16, 21, 27, 31ff., 39
Entsorgung.....	40, 78f.
Ernährungswirtschaft.....	22, 39
Erziehung.....	8, 10, 13, 67, 74
Europa.....	23, 29, 60, 67, 77, 79
Export.....	26, 33, 36

F

Familie.....	5f., 10, 21, 26, 48f., 52, 65ff., 71
Fehmarn-Belt-Querung.....	29
Fernbusbahnhöfe.....	29
Film.....	76
Fischerei.....	34f., 37f.
Flächenland.....	6, 8, 27f., 52, 60, 62
Flughäfen.....	29f.
Forschung.....	13f., 22, 26, 36, 72
Forstwirtschaft.....	34ff., 40
Frauen.....	65ff., 70f.
Freiberufler.....	16, 23, 27, 75
Freiheit.....	5f., 8, 13ff., 20ff., 26f., 30, 38, 58ff., 66, 68, 70, 72, 75f.
Freizeitangebote.....	16, 30, 37, 68, 73
Fundraising.....	76

G

Gastronomie.....	31f.
Generationengerechtigkeit.....	65
Gentechnik.....	36
Gesundheit.....	10, 22, 27, 34, 38, 52, 68ff.
Gewerbe.....	16f., 22f., 27, 31, 48, 64f.
Glasfasernetz.....	27
Gleichgeschlechtliche Partnerschaften.....	66f.
Gründer.....	24, 49, 75

H

Häfen.....	22, 29f., 51
Handel.....	16, 23
Handwerk.....	16, 18f., 23f., 28, 38, 64f., 75
Hebammen.....	67
Heilpraktiker.....	70
Hochschulen.....	12ff., 22, 26, 57, 76
Hochwasserschutz.....	41
Hospiz.....	71, 73
Hotels.....	27, 30f.

I	
Industrie.....	22, 27, 29, 31, 33
Infrastruktur.....	5, 16, 27ff., 42, 50f., 58, 65, 68, 78
Inklusion.....	68
Innovation.....	5, 21, 23, 26
Interessenbekundungsverfahren.....	19
Intersexuelle.....	66
Investitionen.....	5f., 24, 28f., 42, 44f., 50, 72f.
J	
Jäger.....	35, 37, 40
Jugendhilfe.....	67
Jugendmedienschutz.....	77
K	
Katastrophenschutz.....	78f.
Kinder.....	6, 9f., 22, 62, 66ff., 70f., 73f., 77ff.
Klimaschutz.....	33f., 37
Kommunalverfassung.....	18, 69
Kommunikation.....	27f., 52, 59
Konsolidierung.....	19, 41f., 48
Kooperationen.....	12, 14, 22, 30, 39, 57, 78f.
Kormoranmanagement.....	38
Krankenhäuser.....	69, 72f.
Kreislaufwirtschaft.....	39f.
Kultur.....	5ff., 9, 16, 21, 31, 34f., 69, 75f., 78
Kulturlandschaft.....	35, 40, 75
Kunst.....	7, 75f.
Küsten- und Naturschutz.....	78
L	
Ladenöffnungszeiten.....	17, 20
Landesbauordnung.....	21
Landesbeteiligungen.....	19
Landesförderung.....	22
Landesforstanstalt.....	37
Landwirtschaft.....	22, 27, 35f., 39, 42
Lebenslanges Lernen.....	15
Lebensmittelkontrolle.....	39
Lebenspartnerschaften.....	66f.
Lehrer.....	8, 11ff., 67, 76
Lehrerbildung.....	13
M	
Medien.....	8, 76f.
Metropol-Region Hamburg.....	21
Migranten.....	56, 60ff., 78
Mindestlohn.....	17, 20, 31
Mittelstand.....	23, 47, 49
Mobilität.....	30, 68

Museen.....	76
Musik.....	11, 76
N	
Natur.....	35ff., 39f., 75, 78f.
Niederdeutsch.....	76
O	
öffentlich-privaten Partnerschaft.....	19
Ökokonten.....	40
Ökologischer Landbau.....	35
ÖPNV.....	30
Ostseeraum.....	29, 78f.
P	
Pflege.....	66, 68ff.
Pflegfachkräfte.....	68
Pflegekammer.....	69
Photovoltaik.....	33
Prävention.....	57, 66, 70
Praxisgründung.....	71
R	
Rente.....	68
Rundfunk.....	77
S	
Schauspiel.....	76
Schiffahrt.....	22
Schülerverkehr.....	11
Schutzgebiete.....	36, 40
Schwangerschaft.....	70
Schwule.....	66
Selbstbestimmung.....	5, 38, 58, 66, 70
Senioren.....	67
Skandinavien.....	29
Social Media.....	76
Solar.....	32f.
Soziale Marktwirtschaft.....	16f., 36, 46
Sport.....	5f., 11, 15, 56, 63, 73f.
Sportfischerei.....	37
Staatsmonopole.....	18
Städtepartnerschaften.....	67, 78f.
Steuern.....	18, 23, 31, 42f., 46ff., 64
Stipendiensystem.....	71
Straßen.....	28f.
Strom.....	32ff., 37
Studiengebühren.....	14
T	

Tarifautonomie.....	20
Technologie.....	8, 26, 28, 31f., 38, 40, 42
Technologietransfer.....	26
Telemedizin.....	72f.
Theater.....	76
Tiefbau.....	28
Toleranz.....	8, 57, 60, 66, 75, 78
Tourismus.....	17, 31, 33f., 37, 39, 78f.
Transeuropäische Verkehrsnetze.....	29, 79
Transgender.....	66
Transparenz.....	19, 36, 38, 42, 44f., 47, 53, 60, 68, 72
Trinkwasser.....	39, 41

U

Umwelt.....	23, 29, 32, 39, 42
Umweltschutz.....	16, 39
Unternehmen.....	5f., 15ff., 28, 30, 32ff., 39, 42f., 45, 47ff., 52, 59f., 64f., 79

V

Verbraucherschutz.....	38f.
Vereine.....	5, 63, 73ff.
Vergabegesetz.....	17
Verhütung.....	70f.
Verkehr.....	11, 16, 28ff., 32, 79
Vernetzung.....	26, 29, 67, 75
Vertragsfreiheit.....	17f., 33, 36

W

Wald.....	22, 37
Wasserqualität.....	41
Werften.....	17, 22, 33
Wettbewerb.....	5, 10, 12, 18, 21ff., 26, 32, 35ff., 40, 47f., 50, 65, 68f., 72f., 76f.
Windkraft.....	33f.
Wirtschaft.....	5, 9, 11f., 14, 16ff., 22ff., 31, 33ff., 42, 45f., 75, 79
Wolfsmanagement.....	36

Z

Zuwanderung.....	26
------------------	----

